

FAIRCONOMY

Für eine Welt mit Zukunft



Unsere Banken - zukunftssicher?

Genossenschaftsbanken und Sparkassen – zukunftssicher?
Die Weitergabe der Negativzinsen – gut für unsere Banken
Das Ende der Rentenökonomie – zu Ehren von Mason Gaffney

Liebe Leserinnen und Leser,

Unsere Sparkassen und Genossenschaftsbanken sollten uns lieb und teuer sein. Bereits 1878 wurde in Hamburg die erste Sparkasse ins Leben gerufen, um einer breiteren Bevölkerung die finanzielle Vorsorge durch Sparen zu ermöglichen und gleichzeitig ihre Ersparnisse zur wirtschaftlichen Entwicklung vor Ort zu nutzen. Im 19. Jahrhundert folgten dann kommunale Sparkassen in zahlreichen Städten.

Friedrich Wilhelm Raiffeisen verbreitete ab 1849 zur Selbsthilfe der Bauern und Handwerker die Idee der Darlehenskassen-Vereine, getreu dem Motto: »Was dem Einzelnen nicht möglich ist, das vermögen viele.« Und Hermann Schulze-Delitzsch, der »Vater der Volksbanken«, propagierte zur gleichen Zeit neben Spar- und Konsumvereinen auch Vorschuss- und Kreditvereine zur Beschaffung von Geld für Investitionen. Er schuf als Reichstagsabgeordneter auch die gesetzliche Basis der Genossenschaften, und damit auch der Kreditgenossenschaften. Dabei galt damals wie heute das Prinzip »Ein Mensch – eine Stimme«.

Man darf wohl behaupten, dass wir ohne diese solidarischen Einrichtungen, die der Unter- und Mittelschicht viele Vorteile verschafften und ihnen erstmals (oder weitaus günstiger) Zugang zu Finanzierungen verschaffte, nicht den Wohlstand hätten, den wir heute haben. Heute verfügen die Verbundinstitute über 42% der gesamten Einlagen und über 80% der Spareinlagen. Und die Einlagen wachsen seit der Krise rasant. Allein die genossenschaftlichen Banken hatten von 2007 bis 2016 einen Einlagenzuwachs von 45%.

Trotzdem blicken die Kreditgenossenschaften und Sparkassen sorgenvoll in die Zukunft, denn ihre Ertragsaussichten schwinden, während die Verwaltungskosten, die bei ihnen ohnehin höher sind als bei anderen Banken, steigen. Seit

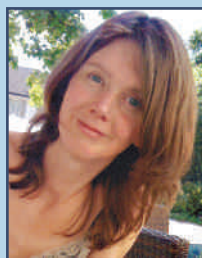
2011 wuchsen die Zinsüberschüsse nahezu immer in geringerem Ausmaß als die Bilanzsummen. Auch 2015 lag daher die Zinsspanne im Genossenschaftssektor mit 2,14% und im Sparkassensektor mit 2,06% niedriger als im Vorjahr. Die Zinsüberschüsse, die über drei Viertel der Erträge ausmachen, konnten nur aufgrund des größeren Kreditvolumens bei Wohnimmobilienkrediten sowie durch die weitere Ausweitung der Fristentransformation stabil gehalten werden. Doch damit steigen auch die Risiken.

Ganz aktuell betrachtet die Deutsche Bundesbank die Kombination von niedrigen Zinsen und einem boomenden Immobilienmarkt als »gefährlichen Cocktail« für den Bankensektor. Die Ampeln stünden »auf gelb oder gar dunkelgelb«, so Vorstandsmitglied Andreas Dombret. Die Preise von Wohnimmobilien sind hierzulande seit 2010 um 30 Prozent gestiegen, in den Großstädten sogar um über 60 Prozent.

Die Geld- und Bodenreformen, die wir vorschlagen, helfen den »gefährlichen Cocktail« unschädlich zu machen und »unsere« Banken zu erhalten, ohne die Zinsen wieder erhöhen zu müssen. Helfen Sie mit!

Sommerliche Grüße

Beate Bockting



Kontakt: Beate.Bockting@INWO.de

Inhalt

- 3 Zinswende in Sicht?
- 4 Udo Philipp: Genossenschaftsbanken und Sparkassen – zukunftssicher?
- 8 Beate Bockting: Lehren aus vergangenen Krisen
- 9 Klaus Willemsen: Dolchstoßlegende in der Zinspolitik?
- 10 Das Ende der Rentenökonomie –
Sammelband für Mason Gaffney
- 12 Schwerter Erklärung zur Bodenpolitik
- 13 Dirk Löh: Stellungnahme zur Schwerter Erklärung
- 15 Grundsteuerreform und Tagung SFFO
- 17 Alwine Schreiber-Martens:
FÖS initiiert Initiative nachhaltige Finanzreform
- 18 INWO Schweiz
- 20 INWO Deutschland
- 22 Mitgliedsantrag INWO-D
- 23 Buchvorstellung: Postwachstumspolitiken
- 24 Der Weltacker

Impressum

FAIRCONOMY 13. Jahrgang, Nr. 2 Juni 2017, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion: B. Bockting (V.i.S.d.P.), M. Gassner
E-Mail: Redaktion@INWO.de

Auflage: 1.600 Exemplare

Bildnachweis: Titelseite: Powie, Josealbafotos / pixabay.com, Christina v. Puttkamer; Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 3: © Norbert Wilke / pixelio.de; 6: animaflorea / fotolia.com; 8: © Stephanie Hofschlaeger / pixelio.de; 12: © Cornerstone / Tochter / pixelio.de 16: © Rike / pixelio.de; 17: © www.foes.de; 18: © www.vollgeld-initiative.ch; 23: © A. Lindert-Rottke / fotolia.com;

Layout: design-angel.de, Christina v. Puttkamer, München

Druck: Mühlbauer Druck, Puchheim (gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

Herausgeberin: INWO Deutschland e.V.,
Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt

Mitglieder- und Abo-Kontakt Deutschland: INWO e.V.,
Wallstr. 97, 50321 Brühl,
Telefon: +49 2232 156368,
E-Mail: INWO@INWO.de, www.INWO.de

Kontoverbindung:

INWO e.V. bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum
IBAN: DE32 4306 0967 6010 4514 00, BIC: GENODEM1GLS

Mitglieder- und Abo-Kontakt Schweiz: INWO Schweiz,
Postfach 3161, 5430 Wettingen 3, Telefon: +41 56 426 60 90,
E-Mail: buero@INWO.ch, www.INWO.ch

Kontoverbindung:

Konto 40-963-0 bei der Freien Gemeinschaftsbank
IBAN: CH20 0839 2000 0040 0679 8
PC-Konto 30-1771-2, IBAN: CH83 0900 0000 3000 1771 2

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapita-

listische Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Zinswende in Sicht?

In Deutschland wächst der Druck auf Mario Draghi und die Europäische Zentralbank, die lockere Geldpolitik zu beenden. Finanzfachleute prognostizieren schon seit Jahresbeginn für 2017 einen spürbaren Anstieg der Kapitalmarktzinsen. Ist die Zinswende in Sicht?

EZB-Präsident Mario Draghi tut sich mit einer möglichen Wende zwar noch schwer und die offizielle Lesart der Zentralbank lautet immer noch: »Der EZB-Rat geht weiterhin davon aus, dass die EZB-Leitzinsen für längere Zeit und weit über den Zeithorizont des Nettoerwerbs von Vermögenswerten hinaus auf dem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden« (geldpolitischer Beschluss vom 27. April 2017). Doch währenddessen hat EZB-Direktor Benoît Cœuré bereits Anfang April Regierungen und andere Wirtschaftsakteure aufgefordert, sich auf ein Ende der jahrelangen Phase historisch niedriger Zinsen einzustellen. »Es ist offensichtlich, dass der Finanzsektor und andere Wirtschaftsakteure, vor allem Regierungen, sich vorbereiten müssen«, zitiert das Handelsblatt aus einer Rede Cœurés am 3. April in Paris. »Ich hoffe, dass die Regierungen in der Euro-Zone wissen, dass die Zinsen nicht auf dem aktuellen Niveau bleiben werden.«¹

Banken sollten Negativzinsen weitergeben

Als Argument führte Cœuré ins Feld, dass Banken durch die Negativzinsen geschwächt werden, wenn diese zu lange bestehen. Hier muss gefragt werden: Warum ermutigt die EZB die Geschäftsbanken nicht zur Weitergabe der Negativzinsen an die Einleger? Warum sorgt sie nicht endlich durch eine Bargeldgebühr dafür, dass die Negativzinsen noch tiefer gesenkt und somit noch effektiver werden können – und die Banken sich dann auch trauen, diese weiterzugeben? Der immer noch mangelhaft funktionierende Interbankenmarkt, der durch die Bilanzen aufblähenden Anleihekäufe (Quantitative Easing) kompensiert werden muss, würde dadurch den nötigen Druck erfahren, gehortete Liquidität freizugeben.

Doch nur allzu gern greifen deutsche Bankenvertreter Äußerungen wie die von Cœuré auf und stoßen in dasselbe Horn. So auch Ulrich Kater, Chefvolkswirt der zur Sparkassen-



Alles wird sich ändern – mit einer echten Wende in der Geld- und Bodenordnung.

gruppe gehörenden Deka Bank: Nach zehn Jahren Krisenmodus und der bereits eingeleiteten Zinswende in den USA könne die EZB endlich zu einer normalen Geldpolitik zurückkehren. Seit Anfang des Jahres wäre klar, dass Deflation kein Thema mehr sei.² – Könnte es nicht sein, dass dies nur aufgrund der Niedrigzinspolitik so ist, Herr Kater? Und dass eine Erhöhung der Zinsen ganz schnell wieder zu Problemen führen würde?

Kein Zurück zur »Normalität« hoher Zinsen

Laut Süddeutscher Zeitung diskutieren die Notenbankler daher darüber, welche Maßnahmen sie im Fall der Fälle zuerst beenden sollten: die Nullzinspolitik oder die Anleihekäufe? Ein »Insider« wird mit der Einschätzung zitiert: »Mit einer Zinserhöhung lässt sich eine geldpolitische Wende in ganz Europa leichter durchsetzen.« Denn so wür-

de die Rentabilität der Banken verbessert, den Sparern geholfen und die Preisblasengefahr bei Häusern und Aktien eingedämmt.³ – Wie bitte?! Man hat offenbar immer noch nicht verstanden, dass es kein Zurück zu »normal« hohen Zinsen gibt! Man blendet einfach aus, dass europäische Geldinstitute noch notleidende Kredite in Höhe von 1,1 Billionen Euro in ihren Bilanzen stehen haben und andernorts schon heftig überlegt wird, wie man die Verluste beim Verkauf der toxischen Papiere durch eine erneute Bankenrettung mit öffentlichen Geldern auffangen kann. Wann erkennen unsere Notenbankler, Geldpolitiker und Monetärökonomien endlich, dass die wirklich wirksame Zinswende weiter *in Richtung Negativzinsen* geht? Wir brauchen eine Liquiditätsgebühr, zuvorderst auf unser Bargeld, um aus der Misere herauszukommen. Eine begleitende flächendeckende Bodenwertsteuer würde nicht nur im Sinne der Bundesbank eine Immobilienpreis-Blase verhindern. Endlich würde die Umverteilung durch die Privatisierung leistungsloser ökonomischer Renten beendet und die Wirtschaft könnte sich nachhaltig erholen.

Beate Bockting

1 www.handelsblatt.com/finanzen/geldpolitik/niedrigzinspolitik-ezb-direktor-coeure-philosophiert-ueber-die-zinswende/19605824.html

2 www.kn-online.de/News/Aktuelle-Wirtschaftsnachrichten/Nachrichten-Wirtschaft/Deka-Chefvolkswirt-Die-Zinswende-ist-eingeleitet

3 A. Hagelüken und M. Zydra: »Auf Draghis Worte kommt es an«, in: Süddeutsche Zeitung vom 22. Mai 2017

Genossenschaftsbanken und Sparkassen – zukunftssicher?

Genossenschaftsbanken und Sparkassen sollten uns lieb und teuer sein. Sie bieten viele Vorteile.

Doch wie ist es in wirtschaftlich und geldpolitisch ungewissen Zeiten um ihre Stabilität bestellt?

Genossenschaftsbanken wurden im 19. Jahrhundert gegründet, damit Handwerker und Bauern erstmalig Kredit aufnehmen konnten. Der Ursprung der Sparkassen lag zunächst nicht im Kreditgeschäft, inzwischen aber ist auch ihr Hauptzweck, in ihren Kommunen dafür zu sorgen, dass Haushalte und Unternehmen besser mit Kredit versorgt werden, als dies allein über den Markt möglich wäre.

Stabile Versorgung mit Krediten

Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern gab es in Deutschland während oder nach der jüngsten Finanzkrise keine Kreditklemme. Ein Grund ist sicher die starke Stellung kleiner »langweiliger« Banken, die sich auf Einlagen- und klassisches Kreditgeschäft fokussieren. Diese Banken haben ihre Bilanzen nicht mittels Interbankenkrediten aufgebläht und die zusätzlichen Mittel in dubiose Anlagen investiert. Sie mussten daher keine toxischen Wertpapiere abschreiben und auch nicht ihr Kreditgeschäft zurückfahren.

Das Genossenschaftswesen entstand während der Zeiten der brutalen Industrialisierung im Deutschland des 19. Jahrhunderts. Die Idee von Friedrich-Wilhelm Raiffeisen wie von Hermann Schulze aus Delitzsch, dem Gründer der Volksbanken, war identisch: Kleine, lokal verwurzelte Spar- und Kreditgenossenschaften würden darbedenden Bauern und Handwerkern den Zugang zu Krediten ermöglichen und ihnen so helfen sich aus ihrer Armut zu befreien. Wenn diese schlecht situierten Bevölkerungsgruppen damals überhaupt einen Kredit bekamen, mussten sie Wucherzinsen von oft über 100% pro Jahr bezahlen.

Genossenschaftsbanken lösen strukturelles Vertrauensproblem

Auch im Rest der Welt war die genossenschaftliche Bewegung extrem erfolgreich: Nicht nur in Deutschland sind mehr als ein Drittel aller Zweigstellen aus dem genossenschaftlichen Sektor, in vielen Ländern Europas, wie in Frankreich, Österreich, Finnland und den Niederlanden, ist der Marktanteil sogar noch höher. Auch die USA – entgegen



Udo Philipp

war im Management eines der größten Private Equity Fonds Europas, bis ihn die politischen Antworten auf die Finanzkrise veranlassten, in den Aufsichtsrat für die Nachhaltigkeitsbank Triodos zu wechseln. Er ist außerdem Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft »Wirtschaft und Finanzen« von Bündnis 90/Die Grünen und Vorstand des gemeinnützigen Instituts für Finanzdienstleistungen, das sich für mehr Nachhaltigkeit und Verbraucherfreundlichkeit in der Finanzindustrie einsetzt.

allen Vorurteilen, dass dort Banken keine große Rolle spielen würden – sind geprägt von Genossenschaftsbanken. 90 Millionen US-Bürger sind Mitglied einer Genossenschaftsbank, bezogen auf die Bevölkerung deutlich mehr (27% mehr) als in Deutschland. Obwohl die Zahl der Banken in den USA in den Jahren seit der Finanzkrise um 25% eingebrochen ist, gibt es dort immer noch über 6.500 Kreditinstitute, pro Einwohner also in etwa genauso viele wie in Deutschland. Die meisten von diesen Banken sind lokale Genossenschaften, sogenannte *community banks* oder *credit unions*.

Manche in der EU, wie der ehemalige EU-Kommissar für Finanzdienstleistungen Lord Hill mit seiner Kapitalmarktunion, vertreten die These, dass die USA schneller aus der Krise gekommen sind, weil ihre Wirtschaft weniger von Banken abhängig ist. Das scheint, wenn überhaupt, nur teilweise richtig. Nur die großen Unternehmen in den USA finanzieren sich über den Kapitalmarkt. Die kleinen Unternehmen sind genauso froh über eine stabile und vertrauensvolle Bankbeziehung wie in Europa. In den USA gibt es 5,7 Millionen Unternehmen, die keinen Zugang zum Kapitalmarkt haben. Nur ein winziger Bruchteil hat diesen Zugang: 15.000 Unternehmen, exakt genauso viele wie in der EU. Auch hier fi-

nanzieren sich lediglich 15.000 Unternehmen über den Kapitalmarkt.¹

Vielleicht ist es also ähnlich wie in Deutschland die kleinteilige Struktur der lokalen Banken, die für die gute Wirtschaftsentwicklung verantwortlich ist.

Wirtschaftliche Erfolge

Die genossenschaftliche Bankengruppe in Deutschland ist enorm erfolgreich. Während die meisten großen Organisationen der Zivilgesellschaft über Mitgliederschwund klagen, wächst bei den Genossenschaftsbanken die Zahl ihrer Mitglieder kontinuierlich. Inzwischen sind über 18 Millionen Menschen in Deutschland Genosse bei einer Volks- oder Raiffeisenbank. Die Zahl hat sich seit 1970 fast verdreifacht, ein klares Zeichen, dass das Genossenschaftskonzept immer noch hoch attraktiv ist.

Nicht nur die Mitgliederzahl, auch die Ertragslage der Genossenschaften spiegelt ihren Erfolg wider. Die Genossen waren in den letzten zwei Jahrzehnten in den meisten Jahren die Bankengruppe mit der höchsten Eigenkapitalrendite in Deutschland.²

Dieser wirtschaftliche Erfolg ist beeindruckend. Auf der ganzen Welt fusionieren Banken, um Skaleneffekte zu erzielen, weil

sie angeblich auf sich gestellt nicht ausreichend profitabel sind. Die Genossenschaftsgruppe beweist das Gegenteil. Die Gruppe besteht aus 1.047 unabhängigen Banken mit einer durchschnittlichen Bilanzsumme von nicht viel mehr als eine halbe Milliarde Euro und Dutzenden von Banken mit einer Bilanzsumme von weniger als 50 Millionen Euro. Diese Banken sind selbst im Vergleich zur über fünfzig Mal größeren durchschnittlichen Sparkasse mit ihrer Bilanzsumme von über 2,5 Milliarden Euro absolute Zwerge. Dennoch überleben sie, und das nicht zu schlecht!

Der Grund liegt sicherlich auch in ausgezeichnetem Management, sprich einer besonders intelligenten Art, die Verbundeffekte der Gruppe zu nutzen, ohne die Eigenverantwortung und unternehmerische Dynamik der einzelnen lokalen Banken zu ersticken.

Vertrauen und Information

Gutes Management ist jedoch nicht alles. Das Geschäftsmodell der Volks- und Raiffeisenbanken hat durch die Genossenschaftsstruktur einen klaren Wettbewerbsvorteil. Genossenschaften sind die beste Antwort auf die Grundprobleme jeder Bank: Vertrauen und asymmetrische Information.

Als die Genossenschaftsbanken im 19. Jahrhundert gegründet wurde, gab es noch keine Schufa oder gar Algorithmus-gesteuerte *Credit-Scoring*-Systeme. Es war außerordentlich schwer, die Kreditwürdigkeit einer Person einzuschätzen, die man nicht gut persönlich kannte. Wenn zusätzlich noch das Rechtssystem lückenhaft ist und auf die rechtliche Werthaltigkeit von Sicherheiten und Kreditverträgen nicht vollständig Verlass ist, werden entweder Wucherzinsen verlangt ... oder man gründet eine Spar- und Kreditgenossenschaft. Bei den lokal verwurzelten kleinen Genossenschaftsbanken kennt jeder jeden. Zudem führt auch der Gruppendruck dazu, wenn immer möglich, die Kredite zu bedienen. Schließlich würde man mit einem Kreditausfall nicht eine anonyme Bank, sondern direkt seine Nachbarn und Mitgenossen schädigen.

Heute gibt es zwar den gläsernen Kunden, aber leider nicht die gläserne Bank. Das Pro-

Finanzwende

Gemeinsam mit Sven Giegold, dem grünen Europa-Parlamentarier und attac-Mitbegründer, und Gerhard Schick, dem finanzpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, veröffentlichte Udo Philipp im Dezember das Buch »Finanzwende«. Ihre These: Nur eine fundamentale Finanzwende kann den nächsten Crash noch aufhalten. Die Autoren plädieren für einen ökologischen Umbau der Wirtschaft zugunsten klimafreundlicher Infrastrukturen und Energieversorgung und benennen konkrete Maßnahmen, die für eine nachhaltige, gerechte und krisenfeste Finanzwirtschaft ergriffen werden sollten.



Sven Giegold, Udo Philipp, Gerhard Schick: Finanzwende. Den nächsten Crash verhindern. Wagenbach, Berlin 2016, 176 S., 12.00 €, ISBN 978-3-8031-2765-5

blem besteht heute genau spiegelbildlich. Die Kunden haben kaum Finanzbildung. Finanzprodukte sind (absichtlich?) extrem kompliziert und die Kunden wissen nicht, wem sie noch vertrauen können. Bei einer Genossenschaftsbank ist dies anders. Dort ist man Miteigentümer. Und warum sollte die Bank ihre Eigentümer übers Ohr hauen? Ein ähnliches Argument gilt für die Sparkassen. Dadurch, dass sie im Eigentum der Kommune sind und nicht den Auftrag haben, Gewinne zu maximieren, haben auch sie einen gewissen Vertrauensvorsprung.

Nachteile von Genossenschaften und Sparkassen

In anderen Wirtschaftszweigen, wo Vertrauen und asymmetrische Information eine weniger große Rolle spielen, überwiegen die Nachteile der genossenschaftlichen Unternehmensform. Um zu wachsen und eine starke Stellung im Markt zu erzielen, brauchen Unternehmen Zugang zu Kapital, idealerweise zu Eigenkapital. Genossenschaften können nicht so leicht neues Eigenkapital einwerben und wachsen daher relativ langsam über Thesaurierung von Gewinnen.

Die demokratische Stimmrechtsausübung führt oft auch dazu, dass kein Mitglied einen besonderen Anreiz hat, sich unternehmerisch zu engagieren. Selbst wenn man sich die

Mühe macht, hat man ökonomisch keinen unmittelbaren Nutzen, weil Genossenschaftsanteile nicht im Wert steigen können. Sie können immer nur zum Nominalwert zurückgegeben werden.

Damit hängt die unternehmerische Entwicklung einer Genossenschaft in der Regel an angestelltem Management, das oft kaum von den Eigentümern kontrolliert wird.

Der wirtschaftliche Erfolg von Genossenschaftsbanken nicht nur in Deutschland spricht jedenfalls dafür, dass in der Finanzindustrie die Vorteile der genossenschaftlichen Struktur groß genug sind, um die Nachteile in der *governance* auszugleichen.³ Sicherlich spielt auch die Organisation als Verbund eine große Rolle. In den meisten Ländern sind Genossenschaftsbanken ähnlich organisiert: Die einzelnen Banken sind nicht komplett unabhängig. Sie stehen im Rahmen eines gemeinsamen Haftungsverbundes (»Institutsicherung«) für einander ein und kontrollieren sich daher auch gegenseitig.⁴

Das Geschäftsmodell der Sparkassen und Genossenschaftsbanken funktioniert nur im Zusammenspiel mit einem Zentralinstitut, wie der DZ Bank oder den Landesbanken. Die Größe von Krediten muss immer in Relation zur Größe einer Bank gesehen werden. Der Verlust eines Großkredits darf keine Bank in ihrer Existenz gefährden. Daher können insbesondere die kleinen Genossenschaftsbanken, aber auch die meisten Sparkassen, neben Privatkunden nur den kleinen Mittelstand bedienen. Größere Mittelständler, auch wenn sie am Ort der kleinen lokalen Bank beheimatet sind und die Bank an sich über intime Kenntnisse über den Kunden verfügt, müssen dennoch anderweitig Kredite beantragen. Zudem reicht die typische Produktpalette einer kleinen Bank für international tätige Un-

- 1 Europäische Kommission: European Financial Stability and Integration Review, April 2015, S. 35
- 2 Primärbanken inklusive Zentralinstitute. Quelle: Bundesbank-Statistiken, Eigenkapitalrentabilität einzelner Bankengruppen, März 2015, http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Statistiken/Banken_Und_Andere_Finanzielle_Institute/Banken/GuV_Statistik/guv_tab6.pdf?__blob=publicationFile
- 3 Wim Fonteyne vom IWF hat in einer ausführlichen Studie die breite Literatur zu Vor- und Nachteilen genossenschaftlich organisierter Banken ausgewertet. Er zeigt, dass Genossenschaftsbanken überall auf der Welt ähnlich profitabel wie klassische Banken sind. Wim Fonteyne: Cooperative Banks in Europe – Policy Issues, IMF Working Paper, 2007. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Rym Ayadi et al.: Investigating Diversity in the Banking Sector in Europe, Center for European Policy Studies, 2010..
- 4 Vgl. J. M. Groeneveld und D. T. Llewellyn: Corporate Governance in Cooperative Banks in »Raiffeisen's Footprint: The Cooperative Way of Banking«, J. Mooij und W. W. Boonstra (Hg.), 2012, S. 19-36., die die Vor- und Nachteile der genossenschaftlichen corporate governance ausführlich diskutieren. Sie fügen noch die disziplinierende Wirkung des harten Wettbewerbs im Bankenmarkt hinzu.

ternehmen nicht aus, selbst wenn es sich nur um kleine Mittelständler handelt. Daher muss bei der Beurteilung des Sparkassen- und des Genossenschaftssektors immer der Erfolg der Landesbanken und der genossenschaftlichen Zentralbank (DZ Bank) mitgedacht werden. Im Gegensatz zu den Sparkassen haben es die Genossenschafts-

senkonflikt Eigentümer gegen Kunde. Bei normalen Banken haben Eigentümer ein rationales Interesse hohe Risiken einzugehen. Bill Black, einer der prominentesten Autoren über die US-Sparkassenkrise der 1980er-Jahre, hat es mit seinem Buch auf den Punkt gebracht: *The Best Way to Rob a Bank is to Own One* (Die einfachste Art eine Bank auszurauben,

Wert steigen. Außerdem gibt es eine Identität zwischen den Einlegern und Eigentümern. Also keinen Anreiz zu Lasten der Einleger und zu Gunsten der Eigentümer zu spekulieren. So muss man dem Management auch nicht extreme Boni für kurzfristige Gewinne versprechen.

Savings-and-Loan-Krise in den USA

Verschiedene Studien in unterschiedlichen Ländern haben gezeigt, dass Genossenschaftsbanken besonders stabil sind. Ein gutes Beispiel ist die schwere Bankenkrise der 1980er-Jahre in den USA, die sogenannte *savings and loan crisis*, die im besonderen Maße kleine und lokale Banken getroffen hat. Insgesamt sind in dieser Zeit über 1.000 der kleinen lokalen Banken in Konkurs gegangen. Bezeichnenderweise waren unter den gescheiterten Banken Genossenschaftsbanken deutlich unterrepräsentiert und Banken in privater Trägerschaft überrepräsentiert.⁵

Auslöser der Krise war ein plötzlicher Politikwechsel der amerikanischen Zentralbank, die sich unter ihrem Präsidenten Paul Volcker Anfang der 1980er-Jahre entschloss, mit aller Macht die grassierende Inflation in den USA zu brechen, und dafür die Zinsen auf in der Spitze bis zu 19% anhob. Kleine Banken, deren Geschäftsmodell darin besteht durch Fristentransformation Geld zu verdienen, d.h. Kundeneinlagen hereinzunehmen, die variabel verzinst und täglich kündbar sind, und diese langfristig zum Beispiel als Immobiliendarlehen zu verleihen, waren von dem Zinsanstieg massiv betroffen. Die Zinsen ihrer langfristig gebundenen Kredite waren oft niedriger als die Zinsen auf ihre Kundeneinlagen. Damit schrieben diese Banken Verluste und suchten nach neuen Möglichkeiten Geld zu verdienen. Einige davon verfolgten die klassische *Gambling-for-resurrection*-Strategie: Wenn man mit größter Wahrscheinlichkeit am Ende ist, kann man auch extreme Risiken eingehen, vielleicht hat man ja Glück.⁶

Genossenschaftsbanken nicht risikofrei

Auch eine Untersuchung des deutschen Marktes in den Jahren vor der Krise (1995-2007) kommt zum Schluss, dass genossenschaftlich organisierte Banken am stabilsten sind, gefolgt von Sparkassen und schließlich privaten Banken.⁷ Noch stabiler als Genossenschaftsbanken scheinen nur ethische und soziale Banken zu sein.⁸

Wenn man sich die Publikationen der Volks- und Raiffeisenbanken sowie auch der Sparkassen zu wichtigen europäischen Regulierungsinitiativen ansieht, hat man oft den Eindruck, dass diese sich für komplett unverwundbar halten. Man sei unbeschadet



Sind Sparkassen und Genossenschaftsbanken kurzsichtig wie ein alter Monopolist, der sich nicht vorstellen kann, dass er seinen Kunden Marktpreise zahlen muss und der nicht verstanden hat, dass sich die Welt mit Internet und Online-Banking geändert hat? Auch sie sollten sich zukunftsfähig aufstellen.

banken durch eine solide *corporate governance* geschafft, ihre DZ Bank so zu kontrollieren, dass sie gut durch die Krise gekommen ist.

Bisherige Stabilität

Seit der Finanzkrise hat sich der Blick der Forscher von Fragen der Ertragskraft eher in Richtung Stabilität verschoben. Kleine und lokale Banken sind besonders gut durch die Krise gekommen. Dies liegt einerseits daran, dass das allgemeine Geschäftsmodell kleiner regionaler Banken nicht darin besteht, mit toxischen Wertpapieren aus den USA zu spekulieren. Außerdem refinanzieren sich kleine lokale Banken nicht über sogenanntes *wholesale funding*, d.h. täglich kündbare Kredite von institutionellen Anlegern wie anderen Banken oder Geldmarktfonds, sondern über Kundeneinlagen. Die Finanzkrise hat gezeigt, dass *wholesale funding* brandgefährlich ist, weil es völlig emotionslos und ohne mit der Wimper zu zucken abgezogen wird. Bei *wholesale funding* kommt es viel schneller zu einem *bank run*, einer Bankenpanik, als bei klassischen Kundeneinlagen.

Noch dazu aber haben auch hier Genossenschaftsbanken, ähnlich wie auch öffentliche Sparkassen, einen besonderen strukturellen Vorteil: Es gibt nicht den typischen Interes-

ist eine zu besitzen).

Es wird immer wieder behauptet, dass Eigentümer von Natur aus vorsichtig mit ihrem Unternehmen umgehen, schließlich würden sie bei einem Konkurs ihr Vermögen verlieren. Das ist grundsätzlich richtig, aber nicht, wenn man wie bei einer Bank nicht nur mit seinem eigenen Geld, sondern zusätzlich mit dem seiner Kunden spekulieren darf. Vor allem wenn die Kunden sorglos Geld zur Verfügung stellen, weil sie ja wissen, dass sie immer durch die staatliche Einlagensicherung geschützt sind. Im Idealfall hat der Eigentümer nur eine hauchdünne Eigenkapitaldecke und spekuliert zu 98% mit Kundengeldern. Im guten Fall bekommt er nicht 2%, sondern 100% des Gewinns, da die Einleger mit minimalen Zinsen abgespeist werden. Im schlechten Fall geht die Bank pleite, aber der Eigentümer haftet nur mit seinem minimalistischen Eigenkapital. Damit das Management diese hochriskante Strategie umsetzt, bekommt es Millionen Boni, wenn es kurzfristige Gewinne produziert.

Auch hier zeigt sich, dass das Genossenschaftsmodell strukturell überlegen ist. Bei einer Genossenschaftsbank hat niemand einen Vorteil, wenn die Gewinne maximiert werden. Genossenschaftsanteile können nicht im

durch die jüngste Finanzkrise gekommen und es habe im deutschen Genossenschaftssektor seit siebzig Jahren keine Pleite gegeben. Daher solle man diesen bitte schön in Ruhe lassen.

Diese Art zu argumentieren ist genauso simplistisch wie die Risikomodelle der großen Banken, bei denen auch aufgrund von Erfahrungen aus den letzten Jahren auf die Zukunft geschlossen und mit höchster mathematischer Präzision vorausgesagt wird, dass eine Finanzkrise denklogisch unmöglich sei. Nur weil es in Deutschland noch keine Immobilienblase gegeben hat, ist es überhaupt nicht ausgeschlossen, dass es nicht doch dazu kommen könnte. Oder nur weil es noch nie eine Krise der Sparkassen und Genossenschaftsbanken gegeben hat, ist es keineswegs sicher, dass es diese auch nie geben wird.

Zinsrisiko

Im Gegenteil. Es gibt klare Gründe, warum es auch in Deutschland zu einer Systemkrise der kleinen Banken kommen könnte. Zum einen gibt es einige Beispiele aus anderen Ländern, in denen in einer solchen Krise ein großer Teil der kleinen Banken in den Konkurs getrieben wurde. Es mag ja sein, dass in der *Savings-and-Loan-Krise* der USA mehr private kleine Banken in den Ruin getrieben wurden. Es waren aber auch enorm viele Genossenschaftsbanken betroffen. Auch in der Bankenkrise Spaniens waren im Wesentlichen die kleinen Banken und nicht die Großbanken betroffen. Wer die USA wegen wildem Kapitalismus und Spanien wegen des mediterranen Temperaments nicht als Beispiele für Deutschland anerkennen will, soll sich die schwedische Bankenkrise Anfang der 1990er-Jahre ansehen. Auch dort kam es aufgrund von Deregulierung, einer Immobilienblase und stark steigenden Zinsen zu einer schweren Bankenkrise, in der auch die kleinen lokalen Banken rekapitalisiert werden

mussten. Die schwedischen Genossenschaftsbanken mussten ihren Genossenschaftsstatus aufgeben, um neues Kapital aufzunehmen, und mussten zu einer neuen klassischen Großbank fusionieren.⁹ Das heißt, selbst in einem gemeinhin als solide geltenden Land kann eine Immobilienblase verbunden mit einem starken Zinsanstieg den Ruin des gesamten Genossenschaftssektors bedeuten.

Das Hauptgeschäft kleiner lokaler Banken besteht darin, kurzfristig kündbare Kundeneinlagen anzunehmen und diese hauptsächlich als Immobilienkredite, langfristig, d.h. unkündbar und mit einer Zinsbindung von 10-20 Jahren, zu verleihen. Diese sogenannte Fristentransformation ist die Haupteinnahmequelle der Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Sie sichern dieses Risiko nicht über Derivate ab, da sie dann nicht ausreichend profitabel blieben. Damit sind sie einem Zinsänderungsrisiko voll ausgesetzt. Ein starker Zinsanstieg ist für sie doppelt gefährlich.

Wenn die Zinsen steigen, sinkt in der Regel der Wert der Immobilien. Bei niedrigen Zinsen können sich Käufer von Immobilien hohe Schulden leisten. Wenn die Zinsen von derzeit unter 2% wieder auf um die 5% steigen, können sich Immobilienkäufer nur noch einen um etwa 25% niedrigeren Kaufpreis leisten.¹⁰ Die Immobilienpreise müssen also deutlich unter Druck geraten.

Noch wichtiger als die Werthaltigkeit der Hypotheken ist aber die wegbrechende Zinsmarge. Das Zinsniveau in Deutschland ist derzeit extrem tief. Selbst 10-jährige Staatsanleihen erzielen keinen positiven Zins mehr und Hypothekenkredite sind mit unter 2% so preiswert wie noch nie.

Sobald sich diese Situation wieder ändert, können die klassischen kleinen Banken und/oder ihre Zentralinstitute leicht in existentielle

Schwierigkeiten geraten. Um ihre Kunden zu halten, müssten die Sparkassen und Genossenschaftsbanken die Zinsen auf Sparbücher und Kundeneinlagen drastisch erhöhen. In diesem Fall würden sie hohe Verluste erwirtschaften, da ihre Kredite langfristig zu niedrigen Konditionen festgeschrieben sind. Diese Situation kann schnell in der Insolvenz münden. Wenn sie die Zinsen auf die Kundeneinlagen nicht erhöhen und Kunden ziehen lassen, können die Banken sehr schnell illiquide werden, da sie ihre Immobilienkredite nicht verkaufen können.

Vertreter von Sparkassen und Genossenschaftsbanken geben sich meist sehr entspannt, wenn man sie mit diesem Szenario konfrontiert. Neben der generellen Entgegnung, dass die Banken solide geführt seien, eine Immobilienblase nicht erkennbar sei und es so denklogisch nicht zu einem Problem kommen könne, vertrauen die Vertreter der beiden Bankengruppen auf die hohe Loyalität ihrer Kunden. Man müsse ja gar nicht die Zinsen auf Marktniveau erhöhen, die Kunden würden trotzdem nicht kündigen.

Diese Zuversicht erinnert an die Kurzsichtigkeit eines alten Monopolisten, der sich nicht vorstellen kann, dass er seinen Kunden Marktpreise zahlen muss und der nicht verstanden hat, dass sich die Welt mit Internet und Online-Banking geändert hat. Die Kunden sind heute wesentlich informierter über Marktkonditionen und werden sich nicht billigt abspesen lassen.

Aufgrund dieses prinzipiell hohen Risikos wurde durch die Baseler Regulierungsbehörde der sogenannte Baseler Zinsschock als Szenarienrechnung für die Aufsichtsbehörden vorgegeben. Die BaFin lässt seit 2011 ein Szenario mit 200 Basispunkten Zinserhöhung rechnen. Diese führt dazu, dass ca. 500 deutsche Banken mehr als 20% ihres Eigenkapitals verlieren.¹¹

Wenn bereits bei einem leichten Anstieg der Zinsen 500 Banken einen großen Teil ihres Eigenkapitals verlieren, ist auch ohne Modellrechnung offensichtlich, dass bei einem Anstieg der Zinsen auf den Durchschnitt von vor der Krise der größte Teil der deutschen Banken staatlich unterstützt werden müsste. In diesem Fall wäre das Problem nicht mehr »too big to fail« sondern »too many to fail«.

Es ist daher wichtig, bereits heute zusätzliche Eigenkapitalpuffer für Zinsrisiken aufzubauen und eine europäische Einlagensicherung aufzubauen, damit die für den Mittelstand und die ländliche Wirtschaft so bedeutsamen deutschen Genossenschaftsbanken nicht eines Tages zu einer normalen Großbank fusionieren müssen.

5 W. Fonteyne (2007), S. 41, sowie R. Ayadi et al. (2010), S. 116, geben einen Überblick über die relevanten Studien zu diesem Thema.

6 Für eine einfach verständliche Übersicht über die S&L-Krise in den USA vgl. das Lehrbuch von Frederic Mishkin: *The Economics of Money, Banking and Financial Markets*, 2015., insb. Appendix 1 zu Chapter 11. Die Zinserhöhung war der finale Katalysator der Krise. Tiefere Ursachen lagen in der Deregulierung, dem verschärften Wettbewerb um Kundeneinlagen durch Geldmarktfonds, den aufgrund von Deregulierung erstmalig möglichen Investitionen in wesentlich riskantere Anlagen u.v.m. Vgl. zu diesem Thema auch Black (2007).

7 T. Beck et al. (2009): *Bank Ownership and Stability: Evidence from Germany*, https://www.fdicconnect.gov/bank-analytical/CFR/2009/june/CFR_SS_2009_bec_k.pdf

8 Eine Studie des DIW zeigt, dass diese Banken deutlich stabiler als alle anderen Banken sind, auch wenn man in die Kontrollgruppe nur kleine Banken mit klassischem Kreditgeschäft aufnimmt. Allerdings ist die Stichprobe der ethischen und sozialen Banken sehr klein. Marlene Karl: *Are Ethical and Social Banks less Risky?* DIW Discussion Paper 1484, 2015.

9 Vgl. Peter Englund (1999): *The Swedish Banking Crisis: Roots and Consequences* und W. Fonteyne (2007)

10 Annahme 25% Eigenkapitalfinanzierung. Die verbleibenden 75% werden in Form einer Annuität über 30 Jahre getilgt und zu 2% bzw. 5% verzinst.

11 Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juni 2012, Die Rolle des »Baseler Zinsschocks« bei der bankaufsichtlichen Beurteilung von Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch, S. 63. Dabei wird mit dem Baseler Zinsschock nur die Auswirkung auf die Bilanz modelliert und nicht die wegbrechenden Erträge, vgl. BIS: *Interest Rate Risk in the Banking Book - Consultative Document*, Juni 2015, S. 4.

Lehren aus vergangenen Krisen

Die Finanzkrise ab 2007 begann offiziell mit einer Immobilienkrise in den Vereinigten Staaten.

Dieser war jedoch bereits in den 1980ern die Savings-and-Loan-Krise vorausgegangen.

Über 1.000 Sparkassen brachen damals in den USA zusammen. Wiederholt sich die Geschichte?

Am 25. September 2008, zehn Tage nach Lehman Brothers, brach die Washington Mutual zusammen. Weitere Bankenpleiten folgten. Manche Beobachter sahen schon damals Parallelen zur früheren Sparkassen-Krise der USA.

Die Washington Mutual war die einzige verbliebene große Bank in Seattle, nach einer Reihe von Bankenfusionen in den 1980/90er Jahren im Zuge der ersten Sparkassen-Krise. Sie hatte als einfache Sparkasse begonnen, doch auch sie hatte versucht, ihre Zinserträge zu steigern, indem sie im US-Immobilienboom Risiken einging und u.a. geringerklassige Sicherheiten für Hypotheken akzeptierte (Subprime-Markt).

Die Aufsichtsbehörde Office of Thrift Supervision (OTS), die 1989 gegründet worden war, um den Scherbenhaufen der ersten Krise aufzuräumen, hat kläglich versagt, da die Altlasten noch da waren. Die Folge war eine neue, noch schlimmere Krise. Der Hunger der Banken und Sparkassen nach Ausweitung ihrer Bilanzen führte zu unzureichenden Kreditvergabestandards und einer Blindheit für systemische Entwicklungen und Schieflagen.

Doch woher kam dieser Hunger? War es reine Gier? Oder war es der Zinseszins-Effekt, der die Guthaben exponentiell anschwellen ließ und die Banken unter Druck setzte?

Zinsobergrenzen nicht ausreichend

Nach der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre unterlagen die Savings & Loan Associations (S&Ls), meist kommunale Unternehmen, bis Anfang der 1970er Jahre noch strengeren Regulierungsvorschriften. Die mit dem Glass-Steagall-Act von 1933 eingeführte »Regulation Q« sollte durch staatlich angeordnete Zinsobergrenzen für Termin- und Spareinlagen einen ruinösen Wettbewerb von Banken verhindern. Diese arbeiteten nach dem »3/6/3-Prinzip«: drei Prozent Zinsen auf Spareinlagen, sechs Prozent auf Hypothekenkredite, Ende der Arbeitszeit um drei Uhr nachmittags.

Rückblickend muss festgestellt werden: Selbst die drei Prozent auf Spareinlagen waren zu hoch! Denn Geldmengenausweitung und Inflation waren die Folge. In den 1970er Jahren mit hoher Inflation und steigenden Zinsen gerieten die Sparkassen immer mehr in die Konkurrenz anderer Banken und Geld-

marktfonds. Die Hochzins-Ära bereitete dem schönen Leben ein Ende. Anleger zogen ihre Gelder ab, um anderswo mehr zu verdienen. Innerhalb kürzester Zeit schrieben die S&Ls Verluste.

»Rückblickend muss festgestellt werden: Selbst drei Prozent auf Spareinlagen waren zu hoch!«

Anfang der 1980er wurde dann die Regulierung gelockert, um die Sparkassen wieder wettbewerbsfähig zu machen. Sie durften fortan Kreditkarten ausgeben sowie Raten- und Unternehmenskredite vergeben und die Beschränkung der Zinssätze wurde stufenweise aufgehoben.

Aufgrund der Deregulierung weiteten die S&Ls erneut ihre Bilanzen aus, insbesondere durch noch mehr Immobilienkredite, was die Immobilienpreise steigen ließ. Daneben investierten sie nun auch in sogenannte Junk Bonds, hochriskante Unternehmensfinanzierungen. Große Teile ihrer Finanzierungen verkauften die Sparkassen dann aber mittels Kreditverbriefungen. Ihre Assets nahmen von 1982 bis 1985 um 56 Prozent zu. Dieses Wachstum wurde durch den Zustrom von Einlagen finanziert, die die todesmutigen Institute durch immer höhere Guthabenzinsen anlockten. Als Mitte der 1980er-Jahre die Inflation und die Zinsen wieder sanken und die

Immobilienpreise verfielen, brach das Geschäftsmodell der Sparkassen komplett zusammen.

Ab 1989 wurden die bankrotten Institute durch die neu gegründete Resolution Trust Corporation (RTC) abgewickelt, welche die faulen Kredite übernahm, die von den Gläubigern nicht mehr zuverlässig bedient wurden. Der Gesamtschaden der ersten Sparkassenkrise betrug über 150 Milliarden Dollar, von denen an die 125 Milliarden durch die Öffentliche Hand aufgebracht wurden. Dieser Aderlass wurde mit der Ausgabe von US-Staatsanleihen finanziert, deren Zinsen teilweise noch heute fällig sind.

Die Kosten der Finanzkrise von 2007/2008, inklusive der des entgangenen Wohlstands, werden für die USA auf insgesamt bis zu 20 Billionen Dollar geschätzt. Die deutschen Steuerzahler wurden allein zur Bankenrettung von 2008 bis Ende 2015 mit 236 Milliarden Euro zur Kasse gebeten.

Nach jeder Krise wird zunächst die Regulierung verschärft, dann aber im Laufe der Zeit nahezu zwangsläufig wieder gelockert. Regulierung allein kann daher die Finanzkrisen nicht aufhalten. Die Ursachen liegen tiefer. An der Wurzel liegt ein Geldsystem mit ständig positiven Zinsen, das die Vermögen leistungslos anschwellen lässt. Dieses gilt es durch eine Umlaufsicherung zu überwinden. Wenn wir nicht endlich die *richtigen* Schlüsse aus der Vergangenheit ziehen, wiederholt sich die Geschichte und wir werden neue, noch schlimmere Finanzkrisen mit all ihren verheerenden Auswirkungen erleben müssen. ■

Beate Bockting



Statt »Prinzip 3/6/3« sollten die Banken mal Prinzip -3/0/3 probieren: -3 % auf täglich fällige Einlagen, 0 % auf Hypothekenkredite, Ende der Arbeitszeit um 3 Uhr nachmittags.

Dolchstoßlegende in der Zinspolitik?

Eine unheilige Allianz von Vertretern einiger Sparkassen, Gewerkschaften, Verbraucherschutz-Organisationen und Parteien wird nicht müde, die Niedrigzinspolitik als Betrug am einfachen Bürger zu denunzieren. Der Rückgang der Zinserträge mache aus Sparern Opfer, die zusätzlich noch durch Negativzinsen bestraft werden sollen, so ihre Fake-News.

Das Internetportal Tagesgeldvergleich.net bringt die Kritik auf den Punkt, zwar mit Fragezeichen, aber in der Wortwahl unmissverständlich: »Die Zinspolitik der EZB – der Dolchstoß für den Sparer?« Der Dolchstoß, eine Vokabel, die eine neue Eskalationsstufe in der Desinformationskampagne zur aktuellen Geldpolitik darstellt. Zur Geschichte dieser Vokabel: Schuld am Elend nach dem Ersten Weltkrieg und der Kapitulation des Kaiserreiches seien die Friedensbemühungen der Sozialdemokraten und Pazifisten gewesen. Sie seien der kaiserlichen Armee mit einem »Dolchstoß« in den Rücken gefallen. Es entstand die Dolchstoßlegende, die fortan Militarismus und Nationalismus nährte. Friedensbemühungen sind demnach ein Zeichen von Schwäche und die eigentliche Ursache für Krieg.

Ähnlich verdreht, aber ebenso erfolgreich argumentieren heute Lobbyisten des Kapitalismus. Viele hundert Milliarden Euro Entlastung von Zinszahlungen für Arbeiter, Konsumenten und Steuerzahler werden ignoriert oder verleugnet, um die geringer gewordenen Zinserträge des Geldkapitals zu beklagen. Negativzinsen würden Sparern ihren wohlverdienten Zinsertrag rauben. Häufig wird von einer »Enteignung« gesprochen und immer wieder vom »Strafzins«.

Aus Angst vor unsachlichen Kampagnen und negativer Presse reagieren viele Kreditinstitute eher panisch als sachlich fundiert. Bestes Beispiel ist die anthroposophische GLS Bank. Durch die Negativzinsen der Deutschen Zentral-Genossenschaftsbank (DZ) entstehen ihr zusätzliche Kosten in zweistelliger Millionenhöhe, was die Zinsspanne der Bank empfindlich drückt. Verursacher sind wenige Reiche mit Millionenguthaben auf Tagesgeld- und Girokonten. Mitgetragen werden diese Kosten und die sinkende Marge insgesamt aber seit Januar von allen Kunden und Mitgliedern, durch einen zusätzlichen pauschalen Einheitsbeitrag von fünf Euro pro Monat.

Anschaulich wird der unsoziale Effekt solcher Gebühren in einer Berechnung von Tagesgeldvergleich.net, selbst wenn sie nach Höhe der Guthaben gestaffelt werden. Die Tabelle

Guthaben bis	jährlicher Zins	monatliche Kontoführungsgebühr	jährliche Kontoführungsgebühr	jährliche reale Verzinsung	jährliche reale Rendite
1.000 €	0,01%	5,00 €	60,00 €	-6,00%	-59,90 €
5.000 €	0,01%	5,00 €	60,00 €	-1,20%	-59,50 €
10.000 €	0,01%	5,00 €	60,00 €	-0,60%	-59,00 €
25.000 €	0,01%	10,00 €	120,00 €	-0,48%	-117,50 €
50.000 €	0,01%	10,00 €	120,00 €	-0,24%	-115,00 €
100.000 €	0,01%	25,00 €	300,00 €	-0,30%	-290,00 €
500.000 €	0,01%	50,00 €	600,00 €	-0,11%	-550,00 €
6.000.000 €	0,01%	50,00 €	600,00 €	0,00%	0,00 €

Auch gestaffelte Kontoführungsgebühren wirken sich ungerechter aus als Negativzinsen.

zeigt, dass Guthaben bis 1.000 Euro mit 60 Euro im Jahr, also mit Kosten von 6 % belastet werden. Millionen-Guthaben dagegen bleiben verschont, da die Kosten den Zins-einnahmen entsprechen. Für eine Million Euro von 1.000 Kleinsparern berechnet das Geldinstitut 60.000 Euro, während die Millionen des einzelnen Kunden diesen nichts kosten!

Ausschlaggebend für diesen absurden Effekt ist demnach nicht der durch die EZB erhobene Negativzins, sondern die falsche Gebührenfestlegung des Geldinstituts. Dabei ist die übermäßige Geldhortung auf Tagesgeld- und Girokonten die Ursache der Kosten, nicht das Verhalten der Durchschnittssparer.

Die EZB verlangt von den Geschäftsbanken 0,4 % p.a. auf täglich fällige Einlagen. Diese Kosten müssten die Institute in Form von Negativzinsen auf Tagesgeld- und Girokonten, d.h. tatsächlich ihrem Anteil entsprechend, an die Verursacher weiterreichen. Geldinstitute, die so handeln, belasten maßgeblich die großen Guthaben im mehrstelligen Millionenbereich und motivieren dadurch dazu, die überschüssige Liquidität langfristiger anzulegen. So kann der Geldkreislauf in Gang gehalten bzw. geschlossen werden. Für Guthaben bis in den sechsstelligen Bereich ist die Belastung der Kunden dabei kaum der Rede wert, insbesondere dann, wenn das Guthaben zeitlich begrenzt ist.

Die Angst vor der Demagogie gegen den Negativ- bzw. »Strafzins« führt dazu, dass viele Geldinstitute gerade jene 95-98 % ihrer Kunden durch Gebührenerhöhungen belasten, die

durch den Negativzins auf Tagesgeld praktisch nicht betroffen wären. Die Liste der »Banken und Sparkassen mit Strafzinsen für Privatkunden« ist im Gegensatz dazu für alle Bankkunden eine Hitliste der günstigen und sicheren Kreditinstitute. Nur Institute, die zusätzliche Kosten an die Spekulanten durchreichen, können sich günstige Gebühren für alle anderen Kunden auch zukünftig leisten. Allen voran sind da die Alternative Bank Schweiz, die Raiffeisenbank Gmund und die Volksbank Stendal hervorzuheben.

Quintessenz: Negativzinsen betreffen große Geldvermögen, die nicht investiert, sondern zum Spekulieren missbraucht werden. Der Sparer wird erst zum Opfer, wenn die einsetzende Inflation seine Ersparnisse dahinschmelzen lässt, wie Butter in der Sonne. Gegen diese reale Bedrohung hilft eine Geldgebühr und sind Negativzinsen auf liquide Einlagen ein erster wichtiger Schritt.



Klaus Willemsen, Autor von »Das Märchen vom guten Zins«, ist freier Referent der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V. Seine aktuellen Kommentare zu Wirtschaft und Medien finden Sie hier: www.INWO.de/medien/kommentare/

Verwendete Quellen:
www.tagesgeldvergleich.net/veroeffentlichungen/

- Die Zinspolitik der EZB – der Dolchstoß für den Sparer?
- Negativzinsen – diese Banken erheben Strafzinsen auf Einlagen

Das Ende der Rentenökonomie

Im letzten Winter erschien »Rent Unmasked«, ein Sammelband herausgegeben von Fred Harrison zu Ehren von Prof. Mason Gaffney. Das Buch erhielt jüngst den People's Book Prize für besondere Leistungen. Dank Dirk Lühr liegt es nun auch in deutscher Übersetzung vor.



Ende der Maskerade! Noch werden die ökonomischen Renten in unseren Wirtschaftsstatistiken verschleiert. Wann wird der privatisierte Reichtum unserer Gesellschaften endlich aufgedeckt?

Tatsächlich ist das Thema hochaktuell, denn in einer Niedrigzinsphase sind insbesondere solche Geldanlagen attraktiv, die den Anlegern statt der Zinseinnahmen andere Einnahmen aus ökonomischen Renten ermöglichen, insbesondere aus Grund und Boden. Der deutsche Titel des Buches lautet daher auch »Das Ende der Rentenökonomie«, um den klassischen ökonomischen Begriff der »Renten« in seiner ganzen Bedeutung wieder in den Mittelpunkt der ökonomischen Debatte zu rücken. Es geht dabei eben nicht um die »Altersrente«, die man im deutschsprachigen Raum sofort mit dem Begriff assoziiert, oder nur um die »Miete« (engl.: rent), an die englischsprachige Menschen als erstes denken.

Ökonomische Renten und Single Tax

Wie Mary Cleveland in ihrem Beitrag beschreibt, erkannten die klassischen Wirt-

schaftswissenschaftler, dass die »Bodenrente« (wobei der Begriff »Boden« damals sehr weit gefasst wurde und alle natürlichen Ressourcen beinhaltete), die wir heute »ökonomische Rente« nennen, ein unverdientes Einkommen darstellt, das aus dem Privileg von Eigentumsansprüchen unter dem Schutz des Staates entsteht. (S. 92) Schon der französische Physiokrat Anne Robert Jacques Turgot hatte daher für eine »impôt unique« (eine einzige Steuer) auf Boden plädiert, weil er erkannt hatte, dass »Boden von selbst einen Überschuss generiert, der besteuert werden kann, ohne gleichzeitig den Arbeitseinsatz oder Investitionen zu beeinträchtigen« (S. 95). Adam Smith und Henry George haben diesen Gedanken einer Single Tax aufgegriffen. Henry George bereiste damit als letzter Vertreter der klassischen Ökonomie (»last man standing«) gegen Ende des 19. Jahrhunderts die englischsprachige Welt und versetzte Menschenmassen in Aufruhr – weshalb er auch bekämpft wurde.

»Die Rehabilitierung dieses Konzepts könnte die Menschen dazu befähigen, den Zustand unserer biologischen, sozialen und kulturellen Lebensbedingungen zu überdenken«, schreibt Fred Harrison im Prolog (S. 23) und zitiert auch Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz, der sich in der Vergangenheit immer wieder, so auch 2015 in seiner Pariser Rede auf der New Economic Thinking Conference, als Anhänger von Henry George zeigte: »Eine Steuer auf Land, auf die ökonomischen Renten, würde hingegen einige der wesentlichen Probleme lösen. Das ist die Idee, die Henry George vor mehr als hundert Jahren hatte ...«

Leistungen Mason Gaffneys

Im dankenswerten Beitrag von Fred E. Foldvary nimmt dieser eine Einordnung der »Geoklassik« genannten Schule in die ökonomische Ideengeschichte vor. Die neoklassische Ökonomie sei – durchaus »absichtsvoll«, vor allem durch das Bestreben von Ökonomen der Universität von Chicago wie Frank Knight und J. B. Clark von der Columbia-Universität – zu einer »Zwei-Faktor-Lehre« verkümmert, die Bodenerträge mit Kapitalerträgen vermengt: »Folglich werden wichtige

»Eine Steuer auf Land, auf die ökonomischen Renten, würde einige der wesentlichen Probleme lösen. Das ist die Idee, die Henry George vor mehr als hundert Jahren hatte.«

Joseph Stiglitz

Themen wie Einkommensungleichheit zu einer Sache von Kapital versus Arbeit, während Bodeneigentum im Verborgenen bleibt, ausgeblendet und vergessen.« (S. 124) Kein Wunder also, dass heute studentische Initiativen wie die Plurale Ökonomie gegen die

Orthodoxie in Aufstand kommen. Aber auch heterodoxe Theorien blieben unvollständig. Foldvary kommt zu dem Schluss: »innerhalb der heterodoxen Denkrichtungen verstehen nur die Georgisten die Ungleichheit von Bodeneigentum und die stillschweigende Subventionierung des Bodeneigentums als die Hauptursache für unverdiente Ungleichheit zusammen mit makroökonomischer Instabilität.« (S. 127) Leider bleibt in diesem Beitrag – wie überhaupt in dem Band – die Gesellschaftliche Lehre von der zu überwindenden Überlegenheit des Geldes über die Waren unerwähnt.

Zur »forensischen Untersuchung der Rente« und der damit zusammenhängenden Lösung der gesellschaftlichen Probleme habe niemand mehr beigetragen als Prof. Mason Gaffney, »welchem wir die größte Autorität auf dem Gebiet der Immobilienökonomie zustehen«, so Herausgeber Harrison. (S. 13) Mason Gaffney, mittlerweile 93 Jahre alt, war von 1976 an Ökonomie-Professor und der University of California in Riverside, USA. Er belebte nicht nur die Thesen von Henry George, er ging sogar über diesen hinaus, insbesondere indem er den Zusammenhang zwischen Kapitalumschlag und Beschäftigung untersuchte. (S. 51) Zudem integrierte Gaffney die österreichische Kapitaltheorie in seine georgistische Konjunkturtheorie. (S. 130) Gaffney habe auch nachgewiesen, »dass es tatsächlich ausreichend Rente für die Bereitstellung der öffentlichen Leistungen gibt.« (S. 135)

Vereinigung der Wahrheitselemente

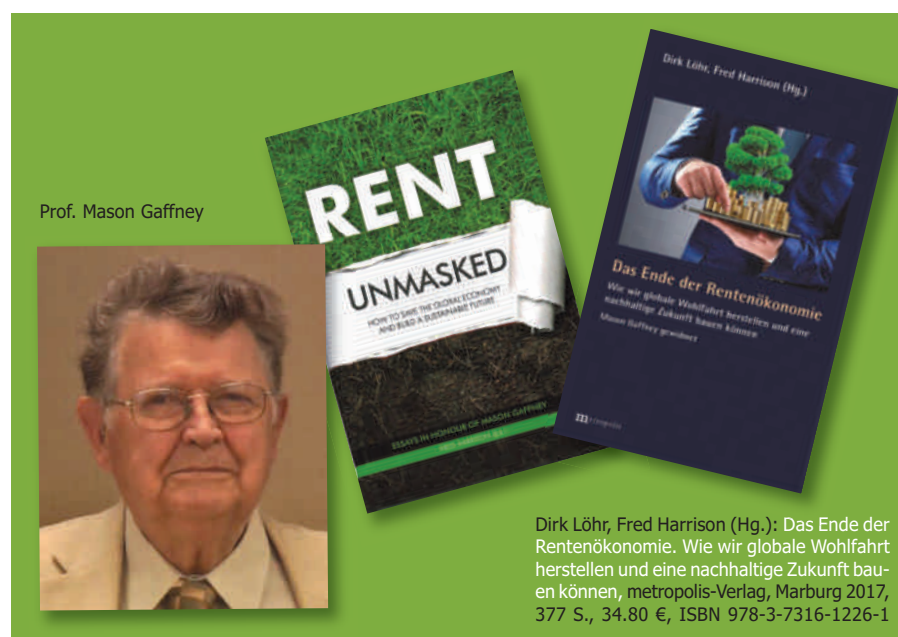
»Die geoklassische Analyse vereint die Elemente der Wahrheit gegensätzlicher Ideologien«, schreibt die Ökonomin Kris Feder unter Berufung auf Gaffney: »Statt zu fragen, wieviel Effizienz und Freiheit für die Gerechtigkeit aufgegeben werden muss, richtet der geoklassische Ansatz seine Aufmerksamkeit darauf, welcher Anteil des wirtschaftlichen Ergebnisses dem Einzelnen gehört, und welcher Anteil der Gemeinschaft und dem Staat.« (S. 50) Die politischen Gegensätze zwischen links und rechts, liberal und konservativ, Kommunismus und Kapitalismus sind irreführend und die Ideologien unvollständig. »Der Kommunismus konnte sich nicht bewähren, aber der Kapitalismus kränkt ebenfalls – und müsste eigentlich die Ungerechtigkeiten korrigieren, die dem Sozialismus seine Attraktivität verleihen.« (S. 48)

Einflussnahme in der ehemaligen Sowjetunion

Gaffney und seine Mitstreiter waren sich der historischen Chancen bewusst, die sich aus der Kapitulation des kommunistischen Gesellschaftsmodells in der Sowjetunion und in

China ergaben. »Hier hätte sich unter fast laborähnlichen Umständen ein soziales Experiment durchführen lassen.« (S. 30) So wurde mit Unterstützung der Robert Schalkenbach-Stiftung 1990 eine sowjetische Delegation nach New York eingeladen, mit der neben William Vickrey auch Mason Gaffney sprach und ihr aufzeigte, dass »die Sowjetunion beides haben konnte, nämlich Land in öffentlichem Eigentum und private Märkte.« (S. 33) 1991 begannen geoklassische Aktivisten quer durch Russland zu ziehen und Kon-

Fehlentwicklungen in »Euroland«, von Roger Sandilands zu den bislang unzulänglichen Reformen in Schottland und des Naturschützers Peter Smith, für den die Lektüre von Gaffney zum »Schlüsselerlebnis« für seine weitere Arbeit wurde, brilliert hier Nicolaus Tideman. Er behandelt die Auswirkungen einer Bodenwertsteuer, u.a. auf Eigenheimbesitzer und Finanzinstitutionen. Gerechtigkeit begründe die notwendige »Weiterreichung der Grundsteuer bis hin zu den letztendlichen Empfängern der Hypothekenzinsen«, da



takte zu knüpfen. Im selben Jahr wurde ein offener Brief an Präsident Gorbatschow gerichtet, der von den Nobelpreisträgern Franco Modigliani, Robert Solow und James Tobin mitunterzeichnet wurde. Doch es war ein Wettlauf gegen die Zeit. Gegen Gorbatschow, der den Boden in öffentlichem Eigentum behalten wollte, wurde geputzt, das leitete die Ära Jelzin und die Stunde der Oligarchen ein, »die sich die ökonomischen Renten Russlands aneigneten.« (S. 43) 1999 kam es noch zu einer Anhörung vor der Duma in Moskau, zu der neben Mason Gaffney auch William Vickrey und Nicolaus Tideman eingeladen waren.

Auch in China wurden die Chancen nicht genutzt, die mit Hongkong als Vorbild hätten wahrgenommen werden können: »Ab der zweiten Dekade des 21sten Jahrhunderts war die Bevölkerung Chinas genauso tief in der Dystopie der Jagd nach ökonomischen Renten gefangen wie das postkommunistische Russland.« (S. 37-38)

Prophetische Stimmen

Der letzte Teil des Bandes beinhaltet einen Ausblick in die Zukunft, die »prophetischen Stimmen«. Neben spannenden Ausführungen von Fernando Scornik Gerstein zu den

»die Bodenrente heutzutage in wesentlichem Umfang die Hypothekenzinsen speist« (S. 348). In vielen Punkten an Ausführungen von Fritz Andres vom SffO erinnernd, hebt Tideman auf die nötige moralische Erneuerung ab: »Eine Weltordnung, welche auf dem Prinzip fußt, dass niemand mehr als seinen Anteil an den natürlichen Ressourcen erhält und dass niemand genötigt ist, mit weniger auszukommen, hat viel bessere Chancen als ein bloßer Waffenstillstand, Kriege dauerhaft zu beenden.« (S. 340)

Fred Harrison, Forschungsdirektor des Londoner Land Research Trust, gebührt großer Dank für diesen äußerst interessanten und sorgsam zusammengestellten Band. Dirk Lohr gilt unser Dank, dass er diese Texte auch dem deutschsprachigen Publikum zugänglich und sie um seinen eigenen lesenswerten Beitrag »Kapitalgesellschaften auf der Jagd nach ökonomischen Renten« ergänzt hat. Man kann sich der Rezension des American Journal of Economics and Sociology nur anschließen: Das Buch ist eine »Meisterleistung ... all jenen wärmstens zu empfehlen, die die Ökonomie gern wieder den ihr gebührenden Platz als Königsdisziplin der Sozialwissenschaften einnehmen sähen.«

Beate Bockting

Eigentum verpflichtet – mehr Boden für das Gemeinwohl

Die Stiftung trias hatte am 30./31. März zu einer Bodentagung nach Schwerte eingeladen. Die Teilnehmer aus Politik, Verwaltung, zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen erarbeiteten Forderungen an die Politik, den Zugang aller gesellschaftlichen Gruppen zu Grund und Boden sicherzustellen. Als Ergebnis wurde folgende »Schwerter Erklärung« veröffentlicht:

Die Spekulation mit Grund und Boden gefährdet zunehmend den sozialen Frieden. Boden ist eine endliche Ressource. Wohnen und der Zugang zu Boden ist nur noch mit entsprechend großer finanzieller Ausstattung möglich. Dabei treten Nachbarschaftsinitiativen und gemeinnützige Projekte gegen das globale Finanzkapital an. Die Frage »Wem gehört die Stadt?« stellt sich heute mit besonderer Dringlichkeit. Und obwohl das Grundgesetz in Artikel 14 mit »Eigentum verpflichtet« das Leitziel für eine gemeinwohlorientierte Entwicklung vorgibt, sieht die Realität in Deutschland aktuell ganz anders aus. Dem Auseinanderdriften der Bodenpreise ist abzulesen, dass der Markt in seiner Regulierungsfunktion versagt: Leerstand und Verfall in den schrumpfenden Regionen, Kampf um jeden Quadratmeter in den Metropolen. Bodenbesitz ist die zentrale Eigentumsfrage und muss heute wieder stärker mit Blick auf das Wohl der Allgemeinheit und als ein den Eigentümer aktiv verpflichtendes Natur- und Sozialgut bemessen werden. Boden ist das notwendige Fundament für das Gemeinwohl, Boden ist Zukunft!

Boden dem Markt entziehen

Wir stehen vor gewaltigen Herausforderungen in zentralen Bereichen der Gesellschaft. Der Zerstörung der Natur durch fortschreitende Landnahme und der zunehmenden Ungerechtigkeit durch die Dominanz des Marktes kann nur mit Strukturen begegnet werden, die Grund und Boden dauerhaft der Spekulation entziehen.

Mehr Boden für Projekte der Zivilgesellschaft

Lösungen für die aktuellen Fragestellungen bedürfen der Beteiligung und der Innovationskraft der Zivilgesellschaft. Für ihre sozialen Alltagslabore der Kooperation und des Zusammenlebens benötigt sie Räume, die aber werden immer knapper. Wir fordern eine aktive kommunale Liegenschaftspolitik, die den Zugang und das Nutzungsrecht an Boden auch für die Zivilgesellschaft sicher-

stellt. Vorkaufsrechte sollen die Vergabe von Boden an gemeinwohlorientierte Projekte und Initiativen ermöglichen.

Kommunen als verantwortliche Träger einer aktiven Liegenschaftspolitik

Der städtische Boden wurde von den Kommunen zur Haushaltssanierung weitgehend verkauft. Kommunale Planungs- und konkret beeinflussbare Handlungsspielräume sind dadurch verloren gegangen. Die Rekommunalisierung, das Vorkaufsrecht für Kommunen und die gezielte Bodenvorratspolitik müssen wieder gestärkt werden. Das allgemeine Wohl ist durch die konsequente Anwendung vorhandener Instrumente des Baugesetzbuches durchzusetzen. Soweit notwendig muss das Gesetz zugunsten solcher Eingriffe weiterentwickelt werden. Die Transparenz über Handel mit Grund und Boden ist eine notwendige Voraussetzung für einen gerechten Umgang. Grundstückseigentümer und Eigentümerwechsel sind, wie bspw. in Basel-Stadt (Schweiz), öffentlich bekannt zu machen.

Nutzung vor Rendite

Wir fordern kommunales Bodeneigentum mit langfristigen Zielen zur Nutzung und deutlich häufiger im Erbbaurecht zu vergeben. Die Vergabepraxis Hamburgs und Münchens mit Anhandgaben und Konzeptvergaben ist hier wegweisend.

Stärkung gemeinwohlorientierter Bodenfonds

In den Städten und auf dem Land bedarf die Konkurrenz um Flächen einer neuen Strategie. In der Stadt ist Boden knapp und überbeutert, im landwirtschaftlichen Bereich werden durch Versiegelung, intensive Landwirtschaft und außerlandwirtschaftliche Investoren die Pacht und Kaufpreise so weit hochgetrieben, dass eine konsequent ökologische – und damit Natur und Gesellschaft dienliche Landwirtschaft – nicht mehr konkurrieren kann. Neue Formen des solidarisch-gemeinschaftlichen Grunderwerbs müssen befördert werden.

Bodenfonds sichern das Gut »Boden« gegen das Marktgeschehen ab und ermöglichen die Nutzung für soziale, ökologische und am Gemeinwohl orientierte Entwicklungen. Wir fordern die Einrichtung landwirtschaftlicher und städtischer Bodenfonds und ihre Förderung durch die öffentliche Hand. Dabei soll auf bestehende Strukturen wie Stiftungen, Genossenschaften, kommunale revolvierende Bodenfonds und andere zivilgesellschaftliche Projekte aufgebaut, sollen bestehende Kooperationen verstärkt und Instrumente für die Grundausrüstung der Bodenfonds entwickelt werden. Fiskalerbschaften, leistungslose Planungswertgewinne und Teile des Bodenwertzuwachses sind für Bodenfonds zu nutzen.

Wir haben schon einmal angefangen ...

... und eine Fläche von 10 Mio. m²* – das entspricht 1.400 Fußballfeldern – der Spekulation entzogen, die nun von gemeinwohlorientierten Initiativen langfristig mit sozialer, kultureller und ökologischer Zielsetzung eigenverantwortlich bewirtschaftet werden. Wir entwickeln einen Werkzeugkoffer für gute kommunale Vergabepraxis, prüfen Instrumente kurzfristiger Bodensicherung, helfen beim Aufstellen von »Bodenvergabebeiräten« und schaffen die Voraussetzungen für weitere Bodenfondsmodelle.

Lassen Sie uns gemeinsam den Boden retten und unterstützen Sie unsere Arbeit! ■

Stiftung trias
Gemeinnützige Stiftung für Boden, Ökologie und Wohnen
Martin-Luther-Str. 1,
45525 Hattingen (Ruhr)

*Mietshäusersyndikat 50 ha, Montag Stiftung Urbane Räume 1,3 ha, Stiftung trias 42 ha, Stiftung Edith Maryon 800 ha, Kulturland eG 90 ha, Stiftung Habitat 5 ha.

Die Schwerter Erklärung wurde auf der »Bodentagung« der Stiftung trias, die am 30./31. März 2017 in Schwerte (NRW) stattfand, erarbeitet. Die Stiftung trias ist Initiatorin und Schirmherrin dieser Erklärung.

Stellungnahme zur Schwerter Erklärung

Viele Forderungen der Schwerter Erklärung weisen in die richtige Richtung, insoweit verdient sie breite Unterstützung. Leider werden jedoch die zentralen ökonomischen Ursachen der Fehlentwicklungen auf dem Bodenmarkt von ihr nicht adressiert.

Die Schwerter Erklärung¹ stellt – man muss sagen: endlich! – einmal wieder die Eigentumsfrage: Wem gehört der Boden, wem gehört die Stadt? Es wird festgestellt, dass der Bodenmarkt in seiner Regulierungsfunktion versagt: Leerstand und Verfall in den schrumpfenden Regionen, Kampf um jeden Quadratmeter in den Metropolen. Boden wird in der Schwerter Erklärung als Gemeingut verstanden, das zugleich auch das wesentliche Fundament für das Gemeinwohl ist.

Schwerter Erklärung in vielerlei Hinsicht richtig

Die Schwerter Erklärung legt in vielerlei Hinsicht den Finger in die Wunde: Sie fordert z.B. eine aktive kommunale Liegenschafts- und eine aktive Bodenvorratspolitik, was von vielen Kommunen in den letzten Jahren vernachlässigt wurde. Allerdings bedarf es hierzu auch entsprechender finanzieller Mittel. Allein der Vorschlag, »Fiskalerbschaften, leistungslose Planungswertgewinne und Teile des Bodenwertzuwachses« für den ebenfalls vorgeschlagenen Bodenfonds (s. unten) zu nutzen, kann allerdings – wenn überhaupt – nur ein Teil der Lösung sein. Wie die teils massiv überschuldeten Kommunen eine aktive Bodenvorratspolitik finanziell stemmen können, bleibt somit weitgehend offen.

Positiv ist auch die Forderung nach mehr kommunalem Bodeneigentum mit langfristigen Nutzungszielen sowie einer häufigeren Vergabe im Erbbaurecht zu bewerten. Dabei wird zutreffend auf die Vergabepaxis in Hamburg und München (Konzeptvergaben) als positives Beispiel verwiesen. Leider fehlt jedoch der Hinweis, dass solche Konzeptvergaben in größerem Stil sich am besten in Kombination mit marktgerechten Erbbaurechten bewirken lassen – und was unter marktgerechten Erbbaurechten überhaupt zu verstehen ist.² In diesem Kontext wäre ebenfalls ein

mahnendes Wort an die Städte und Gemeinden angebracht gewesen, die (vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Kapitalmarktsituation) mit ihrer gegenwärtigen Praxis der Vergabe von Erbbaurechten in den meisten

solcher Fonds sollte nicht nur gemeinwohlorientierte Einrichtungen unterstützen. Auch privatnützige Unternehmen (z.B. Start-ups, von denen auch positive externe Effekte ausgehen können, wie z.B. auf den Arbeitsmarkt)



Die privatisierte Bodenrente muss von der öffentlichen Hand abgeschöpft werden. Nutzen wir die anstehende Grundsteuerreform!

Fällen vollkommen am Markt vorbei agieren und das eigentlich sehr starke Instrument Erbbaurecht ohne Not diskreditieren.

Zielführend wiederum ist der Hinweis auf die Möglichkeiten, die ein gemeinwohlorientierter Bodenfonds bieten kann. Allerdings: Ein

leiden unter der gegenwärtigen Bodenmarktsituation.

Bodenrente bleibt unerwähnt

Der größte Schwachpunkt der Schwerter Erklärung ist eine Unterlassung: Man sucht vergeblich den Begriff der »Bodenrente«. Sicherlich wäre man verwundert, wenn man eine Deklaration zur Reform des Geldwesens und des Kapitalmarktes lesen würde, ohne einmal auf die Begriffe »Rendite« oder »Zins« zu stoßen; oder, analog, zur Reform des Ar-

¹ Online unter: www.stiftung-trias.de/fileadmin/user_upload/Schwerter_Erkla%CC%88rung.pdf
² D. Lohr: Zur Ermittlung eines marktgerechten Erbbauzinses – ein PraktikermodeLL, in: Zeitschrift für Immobilienökonomie 2016 (DOI 10.1365/s41056-016-0016-z). Online: <https://link.springer.com/article/10.1365/s41056-016-0016-z>

beitsmarktes, ohne die Begriffe »Lohn« oder »Gehalt« ein einziges Mal erwähnt zu finden. Wie auf dem Kapital- und dem Arbeitsmarkt einerseits Zinsen und andererseits Löhne als zentrale Daten im Mittelpunkt stehen, geht es auf den Bodenmärkten um die Bodenrente (Bodenrente) bzw. deren private Aneignung. Diese privatisierte Bodenrente wurde aber nicht durch den Bodeneigentümer geschaffen, sondern (wie bereits der Ökonom Alfred Marshall feststellte³) durch Zufälle der Natur (z.B. schöne Aussicht auf

»Die Privatisierung der Bodenrente führt zu einer gigantischen, vollkommen unterschätzten Umverteilungsmaschinerie.«

Berge), externe Effekte (z.B. Agglomeration von Fachkräften), insbesondere aber durch öffentliche Leistungen (Infrastruktur, Sicherheit etc.). Letztere werden vor allem durch den Steuerzahler finanziert. Der Löwenanteil der Steuern und steuerähnlichen Abgaben wird dabei von zwei Gruppen aufgebracht, die sich größtenteils überschneiden: Arbeitnehmer und Verbraucher. Der Privatisierung von gemeinschaftlichen Werten (über die private Aneignung der Bodenrente) steht so die Sozialisierung von privat geschaffenen Werten (über Steuern) gegenüber.

Fehlentwicklungen durch Privatisierung der Bodenrente

Wo aber Nutzen und Kosten auseinanderfallen, kommt es zu externen Effekten – und diese wiederum führen zum in der Schwerter Erklärung zu Recht beklagten Marktversagen (und in diesem Falle sogar darüber hinaus noch zusätzlich zu Staatsversagen). Der Bodenmarkt ist da keine Ausnahme – ganz im Gegenteil: Die erzeugten Fehlentwicklungen äußern sich eben in spekulativen Leerständen (in Erwartung höherer Bodenrenten und Bodenwertzuwächse), in einer Durchkreuzung planerischer Vorgaben, in einer »Gefangennahme« der Planungsinstanzen durch Partikularinteressen (mangelnde Planungsneutralität), in einer geringen Effizienz der Flächennutzung, in hohen Bodenpreisen und Mieten (zu geringes Angebot vor allem an Mehrfamilienhäusern in Ballungs-

räumen), in einer geringen Eigentumsquote, einer gigantischen, vollkommen unterschätzten Umverteilungsmaschinerie, in einer – durch die steuerlichen Rahmenbedingungen maßgeblich mit verursachten – Strangulierung der raumwirtschaftlichen Peripherie, in Land-Grabbing (= Rent-Grabbing) etc.

Den Boden entkapitalisieren!

Die Antwort auf das Versagen des Bodenmarktes darf jedoch nicht an den Phänomenen, sondern muss an den Ursachen ansetzen. Sie darf sich zudem nicht in einer grundsätzlichen Ablehnung von Marktmechanismen erschöpfen. Vielmehr müssen die skizzierten Externalitäten zurückgeführt werden, indem die Bodenrente derjenigen zugeführt wird, die sie auch geschaffen hat: der Gemeinschaft. Wer Vorteile aus Standorten von der Gemeinschaft erhalten hat, soll dafür auch bezahlen. Dementsprechend kann es auch nicht darum gehen, »den Boden dem Markt zu entziehen«, wie die Schwerter Erklärung es fordert. Vielmehr muss die Bodenrente in öffentliche Hand überführt werden, um den Bodenmarkt überhaupt erst funktionsfähig zu machen. Der Boden in privater Hand muss zugunsten der Gemeinschaft tendenziell »entkapitalisiert« werden. Konsequenterweise durchgeführt, erübrigt sich hiermit auch der vorgeschlagene Rückgriff auf leistungslose Planungswertgewinne, Bodenwertsteigerungen etc. Mit Blick auf diese fundamentalen Aspekte bleibt die Schwerter Erklärung leider auf dem Stand der Reflektion stecken, der die gegenwärtige fehlgeleitete Bodenpolitik prägt.

Stattdessen möchte die Schwerter Erklärung das allgemeine Wohl durch die konsequente Anwendung vorhandener Instrumente des Baugesetzbuches durchsetzen und das Gesetz zugunsten solcher Eingriffe weiterentwickeln. Für sich genommen ist dies ja durchaus nicht verkehrt; bleibt man allerdings dabei stehen und ignoriert die systematische Entkopplung von Nutzen und Kosten auf dem Bodenmarkt, überfordert man die Möglichkeiten des Rechts. Man landet in einem konstruktivistischen »Ich mach' mir die Welt, wie sie mir gefällt«, welche sich den Wirkungskräften der ökonomischen Gesetze entgegenstellt. Die mangelnde Wirksamkeit von baurechtlichen Geboten (z.B. Modernisierungsgebot, Baugesetzbuch) mit Blick auf die Effizienz, oder das offensichtliche Versagen der Mietpreisbremse mit Blick auf die sozialen Auswirkungen der Knappheitsverhältnisse auf den Bodenmärkten sollten eigentlich wahrütteln.

Zeitgemäße Grundsteuerreform fordern!

Eigentlich schreit es an dieser Stelle nach einem Wort zur Rolle der Grundsteuer und zur

»Der Boden in privater Hand muss zugunsten der Gemeinschaft tendenziell entkapitalisiert werden.«

Reform derselben. Richtig gemacht – über eine aufkommensneutral eingeführte, im Laufe der Zeit aber gestärkte Bodenwertsteuer – kann hier die Zusammenführung von Nutzen und Kosten grundsätzlich erreicht werden. Andere – allen voran offensichtlich schädliche – Steuern (z.B. die Grunderwerbsteuer) könnten stattdessen sukzessive zurückgeführt werden (»Tax Shift«). Die Reform und Stärkung der Grundsteuer im Kanon der diversen Steuerarten wäre auch ein Ansatzpunkt für die Finanzierung einer aktiven Bodenvoratspolitik. Leider findet sich zum Thema Grundsteuerreform kein Wort in der Schwerter Erklärung, obwohl das Thema auf der politischen Agenda weit oben steht. Ein Hinweis auf die Initiative »Grundsteuer: Zeitgemäß!«, die ja von einigen der Erstunterzeichner der Schwerter Erklärung durchaus unterstützt wird, wäre hier wünschenswert gewesen.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Es ist verdienstvoll, dass das Bodenthema durch die Schwerter Erklärung aufs Schild gehoben wird und so wieder Aufmerksamkeit genießt. Viele Forderungen der Erklärung weisen in die richtige Richtung; insoweit verdient die Schwerter Erklärung Unterstützung. Leider werden jedoch die zentralen ökonomischen Ursachen der Fehlentwicklungen auf dem Bodenmarkt von der Schwerter Erklärung nicht adressiert. Damit gehen auch essentielle Forderungen nicht in die Erklärung ein, die von Bodenreformbewegungen unterschiedlichster Couleur seit weit mehr als einem Jahrhundert erhoben werden. Insoweit wurde eine gute Gelegenheit unzureichend genutzt, um die Bodenfrage in Deutschland voranzubringen. ■



Dirk Lohr, Jg. 1964, Professor für Steuerlehre und Ökologische Ökonomik an der Hochschule Trier, Umwelt-Campus Birkenfeld. Vorsitzender der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft e.V., Sprecher des Center for

Land Research, Steuerberater.
E-Mail: d.loehr@umwelt-campus.de

3 A. Marshall: Principles of Economics, 8. Aufl., London 1947.

Grundsteuerreform – aber richtig!

In Deutschland bietet sich mit der anstehenden Grundsteuerreform eine echte Chance auf eine gerechtere Bodenordnung, die in Zukunft leistungslose Einkommen aus dem Eigentum an Grund und Boden verhindert. Unterstützen Sie die Initiative »Grundsteuer: Zeitgemäß!«

Zum aktuellen Stand der Grundsteuerreform in Deutschland

Werden die unzeitgemäßen Vorschläge der Bundesländer Hessen und Niedersachsen zur Reform der Grundsteuer sich durchsetzen können? Zur Zeit kann eine Prognose nicht getroffen werden. Eine reine Bodenwertsteuer wäre jedenfalls die bessere Alternative.

Weiterhin wurde der vom Bundesrat im Herbst 2016 beschlossene Gesetzentwurf zur Änderung des Bewertungsgesetzes und des Grundgesetzes nicht im Bundestag behandelt. Dass dies noch in den letzten beiden Sitzungswochen Ende Juni geschehen wird, scheint mittlerweile ausgeschlossen. Somit würde der Gesetzentwurf verfallen; ein erneuter Beschluss im Bundesrat wäre erforderlich, um das Verfahren in der neuen Legislaturperiode wieder aufleben zu lassen.

Ob dort in Folge der geänderten Zusammensetzung einiger Landeskoalitionen dann mög-



licherweise ein anderes Abstimmungsbild zustande kommt, kann gegenwärtig noch nicht abgeschätzt werden. Zur Kenntnis zu nehmen ist aber in jedem Fall der Beschluss des Bundesvorstandes der FDP vom November 2016, der sich zu einer Bodenwertsteuer bekennt.

BBSR spricht sich für Bodenwertsteuer aus

In der vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung Ende April herausgege-

benen Studie »Aktuelle Trends der Wohnungsbautätigkeit in Deutschland – Wer baut wo welche Wohnungen?« wird ausdrücklich die Reform der Grundsteuer hin zu einer Bodenwertsteuer als neues Instrument der Innenentwicklung empfohlen.

Wer sich grundsätzlicher mit Bodenreformfragen auseinandersetzen möchte, denen empfehlen wir die Tagung »Bodenordnung und Staatsfinanzierung« des Seminars für freiheitliche Ordnung e.V. am 1. und 2. Juli in Bad Boll (siehe S. 16).

Mehr Informationen zum Aufruf »Grundsteuer: Zeitgemäß!« gibt es bei Henry Wilke, Referent für Siedlungsentwicklung beim NABU – Naturschutzbund Deutschland e.V. und Koordinator von »Grundsteuer: Zeitgemäß!«, Tel. +49 30 284 984 – 1628, Mail: info@grundsteuerreform.net, Internet: www.grundsteuerreform.net

Bund Deutscher Architekten diskutiert neues Bodenrecht

Im BDAtalk initiiert der BDA Bayern eine Online-Debatte um ein neues Bodenrecht.

Der Bund Deutscher Architekten Bayern hat eine Internet-Plattform eröffnet, die das öffentliche Gespräch über Architektur und Baukultur fördern will. In einem offenen Dialog werden Themen der Architektur und Stadtplanung debattiert, zu dem Architekten, Bauherren, Nutzer sowie Vertreter aus Politik und Verwaltung eingeladen sind, sich einzubinden. Am 31. Mai wurde eine Debatte zum Thema »Spekulationsgut Boden – brauchen wir ein neues Bodenrecht?« initiiert. Einleitend heißt es dort: »Um eine am Gemeinwohl ausgerichtete, nachhaltige Stadtentwicklung zu gewährleis-

ten, müssen wir die Nutzung von Grund und Boden im Sinne von Gemeinwohlerfordernissen gestalten. Es bedarf über die städtebauliche Planung – als Ordnungsrahmen – hinaus (wieder) einer umfassenden, auch den Umsetzungsanspruch fixierenden kommunalen Bodenpolitik.«

Es äußern sich u.a. **Prof. Dr. Michael Krautzberger** (Jurist, Bonn), **Dr. Hans-Jochen Vogel** (ehem. Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München, früherer Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn), **Prof. Dr. Dirk Löhner** (Professor für Steuerlehre und Ökologische Ökonomie, Trier), **Prof. Dr. jur. Christian-W.**

Otto (Rechtsanwalt und Professor für Bau-, Planungsrecht, Berlin), **Stephan Reiß-Schmidt** (Stadtdirektor und Leiter der Stadtentwicklungsplanung Stadt München), **Christian Stupka** (Stattbau München GmbH), **Dr. Ulrich Kriese** (Siedlungspolitischer Sprecher NABU), **Bernadette-Julia Felsch** (Politik- und Verwaltungswissenschaftlerin, München) und **Christian Bodensteiner** (Architekt und Stadtplaner, München).

Zur Diskussionsseite: www.bda-talk.de

Bodenordnung und Staatsfinanzierung

Das Seminar für freiheitliche Ordnung e.V. (SffO) veranstaltet am 1. und 2. Juli 2017 eine Tagung zum Thema »Bodenordnung und Staatsfinanzierung« in der Schule der Freiheit in Bad Boll.

Als Steuerquelle spielt der Boden – außer für die Kommunen – kaum noch eine Rolle. Das könnte sich ändern, wenn wir der Grundsteuer eine zeitgemäße Form geben.

Schon lange wurde von Bodenreformern gefordert, die überkommenen Sonderrechte an der Erde – und zwar sowohl die der Einzelnen (Privateigentum) als auch die des Staates (Staatsgebiet, Rohstoffe usw.) – stärker als bisher zu relativieren, um sie mit dem Wohl des Ganzen von Erde und Menschheit verträglich zu machen. Dazu wurde vorgeschlagen, die Sonderrechte nur noch gegen laufende Entgelte zur Verfügung zu stellen, d.h. die mit ihnen verbundenen ökonomischen Vorteile, die sogenannten Bodenrenten, zugunsten der Gemeinschaft abzuschöpfen. Ihre Erhebung als Abgabe durch den Staat hätte jedenfalls beträchtliche Vorzüge, wie die Unmöglichkeit der Steuerflucht, den sparsamen Umgang mit der knappen Ressource Boden usw.

Trotzdem wird wohl nur ein großer Vorteil bei der Verwendung des Bodenrenten-Aufkommens die Menschen dazu bewegen können, diese Belastung des Bodens demokratisch zu akzeptieren. Infrage kommt u. a. eine Verwendung

- zur Staatsfinanzierung anstelle der bisherigen Steuern (Henry George) oder
- zur Finanzierung einer Kinderrente (Silvio Gesell) oder



- zur Finanzierung eines für alle Menschen gleichen Rechts auf Teilhabe an der Erde

Auf der einen Seite könnte die öffentliche Infrastruktur, die für die Höhe der Bodenrenten weitgehend ursächlich ist, aus deren Abschöpfung finanziert werden. Wenn andererseits jeder Mensch einen gleichen Anteil am laufenden Bodenrenten-Aufkommen erhielte, könnte er sich daraus eine im Ergebnis für ihn kostenlose, gleich große Bodennutzung wie der Durchschnitt seiner Zeit-

genossen leisten: das wäre der monetäre Ausdruck des Menschenrechts aller auf gleiche Teilhabe an der Erde.

Auf der Tagung sollen diese verschiedenen Konzeptionen einer Bodenordnung vorgestellt, verglichen und gegeneinander abgewogen werden. Dass hier Reformbedarf besteht, wenn Kriege in Zukunft vermieden werden und die Erde als lebendiger Organismus vor interessenbedingter Plünderung geschützt werden soll, ist offensichtlich. Aber welcher Konzeption gehört die Zukunft?

Programm

Samstag, den 1. Juli 2017

- 10.00 Begrüßung und Einführung in das Tagungsthema**
- 10.15 Die Bodenreform-Ideen von Henry George und Silvio Gesell – Eckhard Behrens, Heidelberg**
- 11.15 Pause
- 11.45 Grundsteuer und Grundstücksbewertung – Prof. Dr. Dirk Löhr, HS Trier/ Umwelt-Campus Birkenfeld**
- 12.30 Mittagspause
- 14.30 Kaffee im Tagungsraum

- 15.00 Bodenreform und Staatsfinanzierung – Prof. Dr. Dirk Löhr, HS Trier/ Umwelt-Campus Birkenfeld**

16.15 Pause

- 17.00 Reform der Grundsteuer als Ansatzpunkt für eine Reform der Bodenordnung – der aktuelle Stand von »Grundsteuer: Zeitgemäß!« – Dr. Ulrich Kriese, NABU**

18.00 Abendessen

- 20.00 Bodenreform und Menschenbild – Fritz Andres, Kirn**

Sonntag, den 2. Juli 2017

- 09.00 Bodenreform und Klimapolitik – Fritz Andres, Kirn**
- 09.45 Pause**
- 10.00 Was können wir tun – auf kommunaler, nationaler und globaler Ebene?**
- 11.30 Tagungsrückblick und Ausblick**
- 12.00 Tagungsabschluss

Veranstaltungsort: Schule der Freiheit, Badstraße 35, 73087 Bad Boll, Tel.: 07164-3573, Mail: info@sffo.de, www.sffo.de

FÖS initiiert

Initiative nachhaltige Finanzreform

Am 5. Mai war in Berlin die Mitgliederversammlung des FÖS: Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. – Green Budget Germany, kurz FÖS. Die INWO ist Mitglied, als Vertreterin ist Alwine Schreiber-Martens dabei gewesen.

Das erklärte Ziel von FÖS ist es, eine nachhaltige Steuerreform voranzubringen. Dafür wurde im April diesen Jahres eine »Initiative nachhaltige Finanzreform«¹ auf den Weg gebracht, die in erster Linie darauf gerichtet ist: »Deutschland zukunftsfähig machen: Umweltschädliche Subventionen abbauen und einen gerechten CO₂-Preis einführen«. Die Ausnahmeregelungen für das produzierende Gewerbe bei Energie- und Strompreisen hatten im Jahr 2016 ein finanzielles Volumen von rund 17 Mrd. Euro! Es wurde bei der MV ausdrücklich betont, dass zum einen die Ziele in den Parteiprogrammen verankert und zum anderen insbesondere jetzt die Parlamentarier mit Argumenten dafür gestärkt werden sollten. Es geht also (mo-

durierung von RWE. Dadurch stehen zukünftige Erträge des gewinnträchtigen Tochterunternehmens innogy SE nicht mehr direkt für Verbindlichkeiten der wirtschaftlich geschwächten RWE AG zur Verfügung.² Daneben sind die Kernbrennstoffsteuer und der Klimaschutzplan 2050 weitere Themen. FÖS unterstreicht auch, dass die internationalen Atomhaftungsregeln völlig unzureichend sind. Die zu erwartenden Kosten einer Reaktor-katastrophe übersteigen die festgelegte Mindest-Deckungsvorsorge um rund das 250- bis 1.000fache.³

In der Verkehrspolitik macht das FÖS Vorschläge bzgl. Dienst- und Firmenwagen, Kfz-Steuer und Lkw-Maut sowie zum Luftverkehr.⁴ Für die

hen. Dafür könnte sich die INWO als Mitglied stärker einsetzen. Bisher ist die INWO aber nur sog. Fördermitglied und kann daher nicht wirklich mit Gewicht mitreden. Aber auch der NABU als ausdrücklich genannter Unterstützer der Initiative nachhaltige Finanzreform könnte hier aktiv werden, gehört er doch mit zu den Erstunterzeichnern von Grundsteuer: Zeitgemäß!⁵

Eine gerechte und nachhaltige Grundsteuerreform ist eine der Grundvoraussetzungen einer nachhaltigen Finanzpolitik. In der Grundsatzklärung der neu gegründeten Initiative

Deutschland zukunftsfähig machen:
Umweltschädliche Subventionen abbauen
und gerechten CO₂-Preis einführen



Initiative nachhaltige Finanzreform

mentan) nicht um eine Kampagne für die Endverbraucher, sondern darum, die Gunst der Stunde – im Wahljahr – zu nutzen. Die Arbeit des FÖS ist parteiübergreifend. Die Ziele Klimaschutz und Energiewende sollen sozialverträglich gestaltet werden.

Energie-, Verkehrs- und Agrarpolitik

Schwerpunkte der Arbeit des FÖS sind Energie, Verkehrspolitik und Agrarpolitik. Bei der Energie geht es momentan insbesondere um die Braunkohleproblematik sowie die finanzielle Vorsorge für Folgekosten. Das ist in NRW besonders kritisch durch die Umstruk-

Kfz-Steuer müssen reale Emissionsangaben zugrunde gelegt werden! Andernfalls werde die Steuer künstlich vergünstigt und die Lenkungswirkung untergraben. Kritisch wird auch festgestellt, dass Regionalflughäfen sogar trotz des ansteigenden Flugverkehrs nur durch Subventionen überlebensfähig sind. In der Agrarpolitik wird die Integration umweltpolitischer Ziele gefordert. Diese Aspekte werden in der Agrarsubventionspolitik zu wenig berücksichtigt und ökologische Bestrebungen werden teilweise sogar behindert. Nach Veröffentlichung der Subventionsempfänger im Jahr 2009 wurde deutlich, dass vor allem große Unternehmen – und nicht in erster Linie heimische Kleinbauern – von den Geldern profitieren.

Bedeutung der Grundsteuerreform für nachhaltige Finanzreform

Leider wird die Bedeutung der Grundsteuerreform im FÖS noch nicht hinreichend gese-

steht auch ausdrücklich: »Um Lebensqualität und Wohlstand erhalten zu können, benötigen wir verlässliche, übergreifende politische Rahmenbedingungen, die auf Zukunftsfähigkeit und Gerechtigkeit ausgerichtet sind und die politische Gestaltungsfreiheit vergrößern. Mit der Art und Weise, wie wir unser Gemeinwesen finanzieren, haben wir die Möglichkeit, unser Land zu prägen. Wofür wir Steuern bezahlen und was der Staat subventioniert, entscheidet mit darüber, wie wir leben und wirtschaften«. Die Initiative nachhaltige Finanzreform sollte daher bei allen Parlamentariern mit Nachdruck auf eine Korrektur der bislang vorliegenden untauglichen Ländervorschläge hinwirken!

Ebenfalls nicht zukunftstauglich erscheint die mangelnde Beteiligung von Frauen im FÖS. Leider ist auch nach der jetzt beschlossenen Verkleinerung des Vorstands, um eine effizientere Arbeit dieses Gremiums zu ermöglichen, nun keine Frau mehr im FÖS-Vorstand oder -Beirat vertreten.

Alwine Schreiber-Martens,
Mathematikerin in Rente,
ist seit 1999 INWO-Mitglied.

¹ www.nachhaltige-finanzreform.de/start/

² www.foes.de/pdf/2017-04-FOES-GGSC-Finanzierung-Braunkohle-Folgekosten-NRW.pdf

³ www.foes.de/pdf/2017-04-FOES-Kurzanalyse-Atomhaftung.pdf

⁴ www.foes.de/themen/verkehr

⁵ www.grundsteuerreform.net

Kurzbericht zur GV der INWO Schweiz

Die 27. Generalversammlung der INWO Schweiz fand am 29. April 2017 in Baden im Kulturcafé statt. Daniel Meier begrüßte alle Anwesenden und auch Elisabeth Seiler vom Kulturcafé. Sie erfreute uns mit einer Lesung, welche sie mit dem Herumzeigen der 200-Franken-Note begann, auf welcher der Schriftsteller Charles-Ferdinand Ramuz abgebildet ist. Dieser schrieb 1932 die Geschichte »Farinet oder das falsche Geld«. Farinet druckte um 1870 20-Räppler – Falschgeld –, als Alternative zu dem zu dieser Zeit immer wertloser werdenden Papiergeld der Kantonalbanken. Sein Credo war: »Gold unter der Erde ist noch kein Gold. Es muss ans Licht kommen um zu strahlen«. Das lange Wirken und die Popularität von Farinet sowie sein ungeklärter Tod förderten die Mythenbildung. Herzlichen

Dank an Elisabeth Seiler für die wunderbare und so passende Einführung zu unserer GV.

Die 27. GV der INWO Schweiz beinhaltete lediglich die nötigen Traktanden, welche alle von den Teilnehmenden angenommen und verabschiedet wurden. Wahlen finden im nächsten Jahr statt. Im Anschluss an die GV begaben sich die Teilnehmenden in das nahe gelegene Areal der ehemaligen Firma Brown, Boveri & Cie. BBC, gegründet von zwei Pionieren aus Baden, eroberte mit dem Bau von Dampf- und Gasturbinen sowie Turboladern den Globus und wurde zum Weltkonzern. Wir erlebten eine spannende und interessante Führung zum Thema Baden Turbo. Da, wo vor 100 Jahren mit viel Handarbeit Geld verdient wurde, sitzen heute die Menschen in Büros und verdienen »virtuelles« Geld.

Vollgeld-Tour 2017

Mit Hilfe unserer rund 14 aktiven Regiogruppen sowie unserem Kampagnen-Sparsäuli werden wir in den Sommermonaten in der ganzen Deutschschweiz kräftig für Unterstützung bei der bevorstehenden Abstimmung über die Vollgeld-Initiative werben.

Dazu werden wir in rund 30 Städten der Deutschschweiz mit unserem sympathischen Maskottchen auftreten. Sicher kommen wir auch in eine Stadt in Ihrer Nähe (z.B. Luzern, Zug, Rapperswil, Schwyz, Altdorf, Aarau und Baden), verteilen Informationen, führen Gespräche und bieten im Anschluss auch Veranstaltungen mit Referaten an. Mehr Informationen gibt es unter www.vollgeld-initiative.ch/vollgeld-tour/

Daniel Meier (Co-Präsident der INWO Schweiz und Vollgeld-Mitinitiant)



Aus dem Jahresbericht 2016 der NWO-Stiftung Belcampo

Das 31. Geschäftsjahr 2016 gehört für die NWO-Stiftung Belcampo eher zu den ruhigeren. Erwartete Entscheidungen verzögerten sich, es ergaben sich aber auch neue Kontakte. Und die Reihe der kommunalen Bodeninitiativen findet in Hochdorf LZ eine Fortsetzung.

Der Stiftungsrat hat seine Praxis fortgesetzt, bei seinen Sitzungen Baurechtnehmer zu besuchen. Die Frühjahrssitzung fand 2016 bei der Stiftung Yogaschule Lotos in Basel statt. Die Schule ist aufgrund eines seinerzeitigen Legats Baurechtnehmerin von NWO-Belcampo. Die Erblasserin war eine Schweizer Yoga-Pionierin, aber auch den Ideen der Freiwirtschaft verbunden. Sie hat deshalb ihr Haus der Yoga-Schule und den Boden darunter der NWO-Stiftung Belcampo vermacht. Die Stiftung Lotos hat das Haus stilvoll renoviert und nutzt es intensiv für ihre Kurse. Das Unternehmen ist eine gemeinnützige Stiftung und arbeitet nicht gewinnorientiert.

Auf und Ab im Projekt Trubschachen

Das Vorhaben, in der Emmentaler Gemeinde Trubschachen ein Grundstück von 2.400

qm zu erwerben, um darauf im Baurecht eine ökologische Wohnsiedlung in einheimischem Holz zu ermöglichen, hat sich noch nicht realisiert. Erst brauchte es Zeit, bis die Erbgemeinschaft einig und mit ihr ein akzeptabler Preis ausgehandelt war. Als dann alles kurz vor dem Abschluss stand, gab es aus planungsrechtlichen Gründen einen Stopp für das Vorhaben. Anfang 2017 dann kam die Entwarnung: Trubschachen muss das Grundstück nicht auszonieren, und der Gemeinderat unterstützt das Wohnsiedlungsvorhaben ausdrücklich. Ziel ist es nun, 2017 den Landkauf zu tätigen und dann einen Baurechtsvertrag mit der noch zu gründenden Wohnbaugenossenschaft Sonnhalde abzuschliessen. Unsere Stiftung will für den Kauf 300.000 Franken investieren. Hinzu kommen zwei lokale Darlehen. Geplant ist, alle drei beteiligten Geldgeber an künftigen Nutzungsgebühren anteilmässig teilhaben zu lassen.

Der Stiftungsrat hat ausdrücklich festgehalten, dass sich unsere Stiftung beim Bau der Siedlung nicht engagieren will. Sie bleibt langfristige Baurechtsgeberin und garantiert damit die Zwecksicherung, eine Siedlung

gemäss den Grundsätzen der Permakultur zu erstellen: Sorge für die Erde, Sorge für die Menschen, gerechte Verteilung von Ressourcen und Überschüssen.

Erben in Reserve am Thunersee

Ein älterer Einfamilienhaus-Eigentümer am Thunersee hat seiner Wohngemeinde testamentarisch das Grundstück seines Einfamilienhauses vermacht. Sollte diese daran kein Interesse zeigen, so fiel das Grundstück an unsere Stiftung. So ist das in seinem Testament vermerkt. Dieses Vorgehen entspricht genau der Stossrichtung unserer Stiftung: der Boden in öffentliche Hand zwecks Spekulationsentzug. Wo dies nicht möglich oder erwünscht ist, springt unsere Stiftung ein. Das Haus selber soll an die Kinder des künftigen Erblassers fallen.

Oltner Baurechtnehmer geben auf

Keinen Durchbruch gab es in den Verhandlungen von Oltner Baurechtnehmern in der Siedlung Platanen. Ein Teil von ihnen hatte sich bei der Baurechtsgeberin, der Bürgergemeinde Olten, gegen die krass unterschied-

lichen Bedingungen in den vier Varianten der 50 Baurechtsverträge einer einzigen Siedlung gewährt. Doch der Bürgerrat zeigt keinerlei Neigung, etwas an den bestehenden Verträgen zu ändern. Gegen Ende 2016 teilten die Initianten des Protests mit, sie gäben ihre Bemühungen mangels Aussicht auf Erfolg und angesichts hoher drohender Verfahrenskosten auf.

Aus unserer Sicht ist der Rückzug bedauerlich. Es wäre sehr interessant zu erfahren, wie Aufsichtsbehörden einer öffentlich-rechtlichen Institution wie der Bürgergemeinde eine derart unterschiedliche Ausgestaltung von Baurechtsverträgen beurteilen. Abklärungen des Rechtsvertreters der Kläger hätten ergeben, dass leider keine Aussicht auf Erfolg bei einer Beschwerde bestehe. Aus je einem Entscheid im Kanton Graubünden und des Bundesgerichts werde klar, dass auch für öffentliche Baurechtsgeber und deren Partner die Vertragsfreiheit gelte. Aus Sicht unserer Stiftung als Verfechterin einer Baurechtspolitik mittels fairer Verträge ein äusserst unbefriedigender Schluss.

Bodeninitiativen: Basel, Emmen, Luzern, Hochdorf

Die Reihe der kommunalen Bodeninitiativen geht in der Schweiz erfreulicherweise weiter. In Luzern ist die Initiative »Boden behalten, Luzern gestalten« nach Basler und Emmener Vorbild zu Stande gekommen. Ein analoges Begehren in der Gemeinde Hochdorf ebenfalls. In-

zwischen haben die Emmener Stimmberechtigten ihren knappen Entscheid vom Frühjahr 2015 eindrücklich bestätigt: Mit klarer Mehrheit haben sie das Reglement zur kommunalen Bodenpolitik an der Urne genehmigt. Die Abstimmungen über die Initiativen in Luzern und Hochdorf stehen noch aus. Unsere Stiftung hofft, dass die Beispiele der Luzerner Städte und Gemeinden noch weitherum im Land Schule machen. Wir werden das Anliegen moralisch, mit Rat und soweit möglich auch finanziell unterstützen.

Gemeingut Boden

Das Infonetzwirk Gemeingut Boden hielt im Berichtsjahr zwei Sitzungen ab. Die Vertreter der acht beteiligten Institutionen diskutierten die Zweckmässigkeit verschiedener Baurechtsbedingungen. Das Bundesamt für Wohnungswesen plant für 2017 einen Ratgeber zum Baurecht. Das Infonetzwirk wartet diese Publikation ab und entscheidet dann, ob sie selber eine Veröffentlichung planen soll. Noch ausstehend ist ein neuer Anlauf zu einer eidgenössischen Bodenstatistik. Mittlerweile hat der Geschäftsführer der Vereinigung Industrie und Landwirtschaft (SVIL) sein Interesse bekundet, auch die ökologische Qualität der Böden in eine solche Statistik einzubeziehen.

Heinz Girschweiler, Präsident NWO-Stiftung Belcampo
Mehr Informationen unter: www.nwo-belcampo.ch,
www.gemeingutboden.ch

Abschied von drei engagierten Freiwirtschaftern

2015 und 2016 haben uns drei markante Schweizer Köpfe der Freiwirtschafterbewegung verlassen.

Othmar Metzger, Stallikon ZH

Im Mai 2015 ist Othmar Metzger 85-jährig verstorben. Schon in jungen Jahren kam er durch seine Mutter mit Kreisen der Lebensreform und der Freiwirtschaft in Berührung. Ferienaufenthalte bei der Familie Weber in Thayngen und Dörflingen vertieften diese Beziehungen. Nach dem Zweiten Weltkrieg machte er im Zürcher Jugendparlament mit. Und dies als Mitglied der damals grössten (!) Fraktion, der Liberalsozialisten. An seiner Seite debattierten unter anderen Werner Rosenberger, der nachmalige INWO-Schweiz-Präsident, und Edi Baur, der Fotograf und spätere Theaterproduzent. Nach seiner Heirat mit seiner ersten Frau Ursula zog es das Paar ans andere Ende der Welt. Mehr als ein Jahrzehnt lebten die Metzgers in Neuseeland. Nach seiner Rückkehr engagierte sich das Paar sofort wieder in der LSPS. Othmar diente der Partei als nebenamtlicher Sekretär, Ursula diskutierte bis zu ihrem frühen Tod in verschiedenen Gremien stets leidenschaftlich mit. Als 1986 die NWO-Stiftung für natürliche Wirtschaftsordnung gegründet wurde, war der gelernte Architekt ein gefragtes Gründungsmitglied. Ein paar Jahre später über-

nahm er das Amt des Sekretärs. Der Einsatz für ein gemeinnütziges Bodenrecht war Othmar Metzger ein grosses Anliegen. Eine grosse Freude bedeutete ihm das Erarbeiten der ersten Baurechtsverträge durch die Stiftung. Da war er mit seinem praktischen Sinn in seinem Element. Er erledigte die administrativen Geschäfte sehr präzise und speditiv. Er freute sich über jeden kleinen Erfolg, der sich einstellte, gab sich aber nie vorschnell zufrieden. In den letzten beiden Lebensjahren stellten sich gesundheitliche Probleme ein, er blieb der NWO-Stiftung Belcampo und den Gesellschen Ideen aber bis ganz zuletzt eng verbunden.

Arnold Ackermann, Neunkirch SH

Noldi Ackermann gehörte während Jahrzehnten der einst starken Schaffhauser Freiwirtschaftsgruppe an. Als Oberstufenlehrer war er beruflich stark engagiert, hatte aber stets ein ausgesprochenes Flair für Gerechtigkeit. Er redigierte über viele Jahre den »Freien Schaffhauser«. Nach seiner Pensionierung übernahm er 1985 die Redaktion der Parteizeitung »Evolution«. Auch nach dem Ende der LSPS und deren Umwandlung in die INWO Schweiz von 1990 an behielt er diese Arbeit bei. Nach zehn Jahren unermüdlichen Einsatzes gab er das Amt dann 1995 an Margrit Bühler weiter. Noldi Ackermann war

der Mann am richtigen Platz. Sprachlich wie inhaltlich versiert, verstand er es mit seinem ausgleichenden Wesen vorzüglich, die verschiedenen Strömungen zur Geltung zu bringen. Jetzt ist Arnold Ackermann hochbetagt gestorben.

Urs Allemann, Ipsach BE

Im gleichen Jahr wie Arnold Ackermann ist sein Vorgänger als Redaktor der »Evolution«, Urs Allemann, verstorben. Er führte das Blatt von 1977 bis 1984. Urs Allemann, ursprünglich Lehrer und dann als Informatiker berufstätig, war ein kritischer Geist. Er führte die Parteizeitung »Evolution« sehr unabhängig. Manchen parteiinternen Querelen bei den Liberalsozialisten stand er ziemlich distanziert gegenüber. Von der Sache war er allerdings überzeugt. Davon zeugt seine Kandidatur für den Nationalrat bei den Wahlen von 1983. Zusammen mit dem Interlakener Arzt Paul Günter und Franziska Manz-Ott figurierte er auf der Liste des Landesrings der Unabhängigen (LdU). Die Duttweiler-Partei bot jahrzehntelang unabhängigen Köpfen wie den Freiwirtschaftlern eine politische Plattform. Urs Allemann ist jetzt im Alter von 75 Jahren gestorben.

Heinz Girschweiler

Brauchen wir eine solidarische Bankenfinanzierung?

Bericht von der INWO-Veranstaltung

Am 28. März veranstaltete die INWO eine Podiumsdiskussion in Dortmund, an der Falk Zientz (GLS Bank), Dirk Schumacher (BGE-Kreise) und Beate Bockting (INWO e.V.) teilnahmen.

Moderiert wurde die Diskussion von Vlado Plaga, dem 1. Vorsitzenden der INWO Deutschland.

Bisher war die Haupteinnahmequelle der meisten Banken die sogenannte Zinsmarge, der Unterschied zwischen den Einnahmen aus Kredit-

zinsen und den Ausgaben für Guthabenzinsen. Die Kreditzinsen sind seit Jahren stark gesunken. Da die Guthabenzinsen wegen der Null-Zins-Schranke aber nicht in gleichem Maße sinken können wie die Kreditzinsen, sinkt seit einiger Zeit die Marge der Banken, und zwar vor allem der Banken, die keine riskanten Spekulationsgeschäfte tätigen, wie die Verbundbanken oder die ethischen Banken. Zudem zahlen die Geschäftsbanken seit 2014 für überschüssige Reserven einen Negativzins an die Europäische Zentralbank. Viele Banken erhöhen nun die Gebühren für verschiedene Dienstleistungen, um sich neue Einnahmequellen zu erschließen. Etliche geben auch bereits den negativen Einlagenzins der EZB an Großkunden weiter. Einige wenige, wie die Skatbank und die Raiffeisenbank Gmund, verlangen inzwischen auch von Privatkunden negative Einlagezinsen für Girokonten. Damit vergrößern sie zum einen direkt wieder ihre Zinsmarge, zum anderen senden sie ihren Kunden das Signal, ihr Geld besser längerfristig oder anders anzulegen. Die ökologisch und sozial orientierte GLS Bank geht mit dem im Dezember beschlossenen »GLS-Beitrag« von 60 Euro jährlich einen ungewöhnlichen Weg, da unabhängig von der Inanspruchnahme der Bank-Dienstleistungen jetzt gilt: »ein Kunde, ein Beitrag«. Allerdings

kritisierten einige GLS-Genossenschaftsmitglieder, darunter Dirk Schumacher und Vlado Plaga, dieses Modell als ungerecht. Sie würden eine Weitergabe der EZB-Negativzinsen an alle Kunden bevorzugen, da dies solidarischer und verursachergerechter wäre. Dieser Dissens war der Anlass für die Diskussionsveranstaltung in Dortmund.

Dirk Schumacher und Beate Bockting argumentierten in diese Richtung, wobei die stellv. INWO-Vorsitzende die Lenkungsfunction solcher Negativzinsen sowie deren positive Auswirkungen für die Finanzierung nachhaltiger und sozialer Projekte betonte.

GLS nicht generell gegen Negativzinsen

Falk Zientz räumte in seinem Statement mit einem Missverständnis auf: Die GLS Bank gibt durchaus Minuszinsen an Kunden mit hoher Liquidität weiter. Die Entscheidung für den GLS Beitrag war also keine Entscheidung gegen Negativzinsen. Mitgliedsbeiträge »gehören zum urgenossenschaftlichen Prinzip«, verteidigte Zientz den Zusatzbeitrag. Beiträge seien ein originäres Instrument von solidarischen, gemeinwohlorientierten Banken, ganz unabhängig von der Zinsfrage. Die GLS Bank sei mit dem Beitrag jetzt in der Lage, ihre Grundleistung zu garantieren: eine unabhängige Beratung ohne Verkaufsdruck und eine sinnvolle Mittelverwendung.

Gebühr ist Symptombehandlung

Ob dies funktioniert, wird der Markt entscheiden. Der Hintergrund dieses Ansinnens der GLS Bank ist aber der, dass sich die Bank aus der Zinsdifferenz nicht mehr gut finanziert. Das ist unstrittig. Wenn die Zinsdifferenz groß genug wäre, dann könnte die Bank ihren besonderen ethischen Standard ja wie bisher dadurch finanzieren, dass sie weniger Zinsen zahlt als andere Banken. Ohne diese Problematik der schwindenden Zinsdifferenz wäre die Idee des GLS-Beitrags gar nicht entstanden. Insofern kuriert der GLS-Beitrag ein Symptom, das seine Ursache woanders hat.

Das Problem der schwindenden Zinsdifferenz hängt an der Nullzinsschranke. Hätten wir keine Nullzinsschranke, hätten wir schon

längst negative Zinsen und die Banken könnten ihr Geschäft in Ruhe weiter finanzieren wie bisher. Eine Austausch darüber, wie man die Nullzinsschranke überwinden könnte, war an diesem Abend allerdings nicht möglich.

Wohlstand neu definieren

Der Hintergrund der Instabilitäten auf den Finanzmärkten ist letzten Endes, dass zu viel Kapital nach rentablen (riskanten) Anlagemöglichkeiten sucht. Dadurch sinken paradoxerweise die Zinssätze auf breiter Front. In einer ausgereiften kapitalistischen Wirtschaft muss es irgendwann an diesen Punkt kommen, da sich das gesellschaftliche Wohl bei vollen Regalen und Bäumen nicht mehr am wirtschaftlichen Wachstum misst, sondern an Faktoren wie kürzere Arbeitszeiten, höhere Einkommen, bessere Bildungs- und Gesundheitssysteme sowie überhaupt bessere Infrastrukturen. Das wäre der gesellschaftlich sinnvolle Weg, auf dem der aufgesparte Reichtum wieder »vernichtet« werden könnte.

In der Geschichte hat der Kapitalismus verschiedene Antworten auf diese Problemstellung gefunden, die alle nicht befriedigen: Krisen, Kriege, Inflationen. Die Inflation, im Sinne eines anhaltenden Preisniveau-Anstiegs, gemessen anhand des Harmonisierten Verbraucherpreisindex, stellt sich aber trotz großer Anstrengungen der EZB kaum ein. Eine große Krise ist 2008 weitgehend verhindert worden. Und ein Weltkrieg wird hoffentlich niemals wieder stattfinden.

So bleibt eigentlich nur noch der Weg über negative Zinsen. Sie würden den Sparen und Anlegern signalisieren, dass ihr Geld nicht, oder nur für langfristige Anlagen erwünscht ist und dass sie es am besten verkonsumieren sollten – bei gleichzeitiger Anhebung umweltschützender Ressourcensteuern, versteht sich! Damit eine solche Maßnahme fruchtet, müsste aber gleichzeitig auch der Weg in die Bargeldhortung und in die Spekulation verhindert werden.

Die Problemlage in dieser Breite zu diskutieren, war an diesem Abend angesichts der unterschiedlichen Ausgangspunkte der Diskutanten auf dem Podium und im Publikum kaum möglich. Es bleibt eine Aufgabe für die Zukunft.

Stefan Padberg



INWO-Mitgliederversammlung

am 23. September in Bonn

VORMERKEN!



DEUTSCHLAND

Die MV 2017 findet am Wochenende 23./24. September in der Jugendherberge Bonn statt. Die Jugendherberge auf dem Venusberg liegt nur wenige Kilometer von den zentralen Orten der ehemaligen Bundeshauptstadt sowie von der Museumsmeile Bonn entfernt.

Wie immer wird es zur MV ein interessantes Begleitprogramm geben. Wir beginnen am Samstag um 10 Uhr. In diesem Jahr steht ein neuer Vorstand zur Wahl, die KandidatInnen werden im Septemberheft vorgestellt. Am Nachmittag wird es einen Impulsvortrag zur weiteren inhaltlichen Ausrichtung der INWO geben, mit anschließender Diskussion. Und damit wir alle viel En-

ergie für unsere anstehenden Aktivitäten tanken und das Gemeinschaftsgefühl stärken, haben wir in diesem Jahr auch auflockernde Elemente eingeplant. Lasst Euch überraschen!

Am Sonntag gehen wir dann in die konkrete Planung des nächsten INWO-Jahres: Welche Prioritäten setzen wir? Welche Seminare bieten wir an? Welche Aktionen planen wir?

Die jährliche Mitgliederversammlung ist auch für Neumitglieder eine gute Gelegenheit, die INWO besser kennenzulernen. Wir hoffen auf Eure rege Teilnahme!

Vlado Plaga, Beate Bockting und Matthias Klimpel

Dieter Suhr – neue Internetseite

Die Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung hat unter redaktioneller Leitung von Werner Onken eine neue Internetseite über das Leben und Werk des Augsburger Rechtsphilosophen Prof. Dr. Dieter Suhr (1939-1990) ins Netz gestellt.

Die kritische Auseinandersetzung mit dem bestehenden Geldwesen sowie mit den entsprechenden standardökonomischen und marxistischen Theorien wurde für Dieter Suhr in seinem letzten Lebensjahrzehnt vor seinem tragischen Tod zu einem zentralen Thema seines wissenschaftlichen Wirkens. Auch hat ihn sein Verständnis der Grundrechte, insbesondere sein Freiheitsverständnis, weit in die Philosophie und das Verfassungsrecht geführt – und überall hat er Wesentliches zur Entwicklung einer Ordnung beigetragen, in deren Zentrum die Versöhnung von Freiheit und Gleichheit steht.



Dieter Suhrs Engagement blieb nicht allein wissenschaftlich. Insbesondere mit dem Projekt Netzwerk Neutrales Geld strebte er – zunächst unter dem Namen »Oeconomia Augustana« für die Stadt Augsburg, dann aber

auch für andere Regionen – eine währungs-politische Innovation an, von der er sich eine Senkung sowohl der Arbeitslosigkeit als auch des Zinsniveaus versprach.

Auf der Seite finden sich Bücher, Herausgaben, Aufsätze, Rezensionen, Presseartikel und posthum Erschienenes. Vieles ist als Volltext hinterlegt. Die Titel der Leseproben machen bereits deutlich, was Dieter Suhr bewegte:

- Geldverfassung und Bewusstseinsverfassung
- Freiheit und Gleichheit bedingen sich gegenseitig
- Kapitalistische Eigentumsformen als Folge kapitalistischen Geldes
- Kapitalistischer und postkapitalistischer Monetarismus
- Zum Verhältnis zwischen den Grundrechten und der Natur

Lesen Sie selbst auf: www.dieter-suhr.info

Werden Sie INWO-Mitglied!

Da unsere vielen Aktivitäten Zeit und Geld kosten, freuen wir uns über Ihre Unterstützung. Sei es ideell, durch aktive Mitarbeit oder finanziell. Um unseren Einfluss zu vergrößern, brauchen wir eine starke Mitgliederbasis. Wir bitten Sie daher: Werden Sie INWO-Mitglied! (Aufnahmeantrag umseitig)

Abonnieren Sie unseren Newsletter mit einer Mail an: rundbrief@INWO.de

Möchten Sie für unsere Arbeit spenden?

Unsere Kontoverbindung:
Konto Nr. 6010451400 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum
BLZ: 430 609 67
IBAN: DE32 4306 0967 6010 4514 00, BIC: GENODEM1GLS

Nehmen Sie mit uns Kontakt auf:

Abo- und Mitgliederverwaltung:
Annette Blank
Wallstr. 97, 50321 Brühl
telefonische Sprechzeit:
freitags 11-15 Uhr
Tel.: 0 22 32-15 63 68

E-Mail: mitglieder@INWO.de

Vorstand/Redaktion:
INWO e.V.
Redaktion FAIRCONOMY
Aldruper Brink 75, 48268 Greven
E-Mail: INWO@INWO.de
oder redaktion@INWO.de

Veranstaltungen des SffO

Hinweisen möchten wir auch auf die nächsten Veranstaltungen des Seminars für freiheitliche Ordnung in Bad Boll: Am 13. Juni 2017 hält Eckhard Behrens einen Vortrag zum Thema »Was tun bei Wohnungsnot?« im Rahmen der Bad Boller Gespräche. Die nächste Tagung des Seminars befasst sich mit dem Thema »Bodenordnung und Staatsfinanzierung« und findet vom 1.-2. Juli in der Schule der Freiheit statt.

Mehr Informationen unter: www.SffO.de



INITIATIVE FÜR NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSORDNUNG

INWO Deutschland e.V.
Postfach 90 02 06
60442 Frankfurt am Main
Tel.: 02 31 – 44 99 58 55
E-Mail: INWO@INWO.de



Aufnahmeantrag

Ich möchte förderndes Mitglied der INWO Deutschland e.V. werden!

- ☐ Ich zahle jährlich 48 Euro (regulärer Beitrag inklusive Zeitschrift).
☐ Ich zahle jährlich 24 Euro (ermäßigt nach Selbsteinschätzung inklusive Zeitschrift).
☐ Ich zahle jährlich 12 Euro (Bezug der Zeitschrift solange der Vorrat reicht).

☐ Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich _____ Euro.

Eine Bescheinigung für steuerbegünstigte Zuwendungen (Mitgliedsbeitrag und Spenden) wird ab jährlich 100 Euro oder auf Wunsch ausgestellt. Zuwendungen bis 200 Euro können gegenüber dem Finanzamt mittels Kontoauszug belegt werden.

Vorname

Name

Straße

Postleitzahl

Ort

E-Mail-Adresse
(bitte angeben für regelmäßige Informationen)

Telefon
(für Rückfragen – keine Telefonwerbung!)

Ort, Datum

Unterschrift

Die folgenden Angaben sind hilfreich, aber nicht notwendig:

Geburtsdatum bzw. Jahrgang

Beruf/Tätigkeit

Auf die INWO wurde ich aufmerksam durch:

☐ Faltblatt ☐ Bekannte ☐ Internet ☐ Vortrag ☐ Seminar ☐ Sonstiges _____

Datenschutz: Ihre Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst und nur durch vom Vorstand der INWO unmittelbar Beauftragte für vereinsbezogene Zwecke verarbeitet und genutzt. Die Daten dürfen dabei nicht an Dritte weitergegeben werden. Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg/F.

Wenn Sie **nicht** am Lastschrift-Verfahren teilnehmen möchten, bitten wir Sie **einen jährlichen Dauerauftrag** bei Ihrer Bank einzurichten. Wir bitten um Beitragszahlung bis zum 1. Mai des jeweiligen Jahres.

Gläubiger-Identifikationsnummer der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO): DE90NWO00000047916

Einzugsermächtigung: Ich ermächtige die INWO e.V. widerruflich, die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit durch Lastschrift von meinem Konto einzuziehen.

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige die INWO e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der INWO e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

IBAN: DE | | | |

Name des Kreditinstituts oder BIC: _____

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Vorstand: Vlado Plaga, Beate Bockting, Matthias Klimpel
Registergericht: Amtsgericht Frankfurt/Main, Registernummer: VR 10338
IBAN: DE32 4306 0967 6010 4514 00 - BIC: GENODEM1 GLS
Kto.Nr. 6010 4514 00 - BLZ 4306 0967 - GLS Gemeinschaftsbank e.G.

Frank Adler, Ulrich Schachtschneider (Hrsg.): Postwachstumspolitiken. Wege zur wachstumsunabhängigen Gesellschaft, oekom Verlag, München 2017, 324 S., 24,95 €

Der Sammelband möchte dazu beitragen, dass die Thematik »Postwachstum« mehr Gewicht und öffentliche Aufmerksamkeit erhält, dass vorhandene, auch gegensätzliche Ansätze stärker sichtbar und unter den Protagonisten debattiert sowie insgesamt aktuelle Problemfelder stärker einbezogen werden (S. 12). Zu zeigen sei, dass der kapitalistische Ansatz »von unten nach oben« und strukturelle Reformen »Top-Down« (S.10) sich ergänzen können und auch sollen. Die 22 Beiträge sind drei Schwerpunkten zugeordnet: Möglichkeiten und Grenzen transformativer Politik, Anschlussmöglichkeiten an verwandte Debatten und Bewegungen sowie Konkretisierung in ausgewählten Politikfeldern.

In nahezu allen Beiträgen wird betont, dass die »epochale Dimension« (Frank Adler, S.27) der Aufgabe es verlangt, dass viele verschiedene Akteure und auch die »Normalbevölkerung« (S.12) die Sache zu ihrem eigenen Anliegen machen, und dafür ist ihre Anziehungskraft eine entscheidende Voraussetzung. Von daher wird wieder und wieder die sozial-ökologische Seite der Aufgabe betont. Dazu gehören Begriffe wie Zeitwohlstand und Arbeitszeitverkürzung, Care-Ökonomie, Lebensstile, Klimawandel, Glücks- und Zugehörigkeitsgefühl, Entschleunigung, Bewusstseinsbildung und Änderungen im Bildungssystem, Grundeinkommen, sozial gerechter Kohleausstieg, Kritik der Exportorientierung, das Steuersystem, Schrumpfung der Finanzmärkte – um nur einige zu nennen. Gerade weil zunehmend mehr Menschen prekär beschäftigt sind und hohe Sockelarbeitslosigkeit besteht, sei der Kontakt zu den Gewerkschaften sehr wichtig, um auch Einkommensschwächere »mitzunehmen«. Die Angst vor Erwerbslosigkeit müsse sehr ernst genommen werden. Natürlich wird auch die Suffizienz (»Genügsamkeit«) thematisiert – als zum wachstumsorientierten Wirtschaftsmodell quer stehend (Felix Ekardt, S.13, 55) und in ihrer Ambivalenz in der vorherrschenden Sozialpolitik (Uta v. Winterfeld S.13, 69). Suffizienz benötigte Gerechtigkeit, und die gegenwärtige Externali-

sierung von Kosten wird als ungerecht kritisiert.

Die Nähe zur Kapitalismuskritik wird gesehen bzw. eingefordert. Die »expansive Wachstumslogik der kapitalistischen Profit- und Konkurrenzwirtschaft« könne nur mit einer Debatte, die auch zu den Ursachen der kritisierten Phänomene vordringe, begrenzt werden (Ulrich Brand S.13, 41). »Die kapitalistische Dynamik wird angefeuert durch die Dominanz des Tauscherts über den Gebrauchswert.« (U. Brand S.43). Nun erwartet man den Begriff »Geld« als Ausdruck des Tauscherts sowie einen Hinweis zur Ursache und möglichen Abstellung dieser Dominanz. Weiter wird »Kauf von Land oder die Ausbeutung von Ressourcen« (ebda.) genannt – alles ohne Hinweise auf bereits existierende Initiativen, die genau an diesen Stellen ansetzen.

In einigen Beiträgen (O. Richters & A. Siemoneit, D. Ludwig, U. Schachtschneider) wird deutlich hervorgehoben, dass die Beschränkung des Ressourcenverbrauchs grundlegend ist und dafür finanzielle Anreize, also geeignete Steuern bzw. Zertifikatslösungen (Cap & Trade) erforderlich sind. Die Bedeutung der *Verwendung* der entstehenden Aufkommen wird dagegen nicht betont. Es ist überraschend, dass auch Schachtschneider, der Urheber des Begriffs »ökologisches« Grundeinkommen, zwar stark die Chancen eines Grundeinkommens, aber weniger die positiven Seiten der ökologischen Finanzierung im Unterschied zur Mehrwertsteuer-Finanzierung unterstreicht. Ebenso überrascht es, dass die anderen Autoren, die alle die Einkommenssicherung gerade im unteren Bereich hervorheben, diese Wirkung der gleichmäßigen Rückausschüttung von Ressourcenabgaben nicht wahrnehmen. Dabei hat sie sogar eine menschenrechtliche Begründung, wie die Rezensentin bereits 2005 dargestellt hat.¹ Anreize für Reparaturfreundlichkeit, Recycling und Re-Regionalisierung, Vergünstigung menschlicher Arbeitskraft im Verhältnis zur Nutzung der Naturressourcen – von einigen Autoren sehr gewünscht – werden als Wirkungen des »ökologischen Grundeinkommens« offenbar gar nicht oder nur ansatzweise wahrgenommen.

Leider fehlt in fast allen Beiträgen die klare Unterscheidung zwischen Kapitalismus und Marktwirtschaft, ebenso wie der Begriff der »ökonomischen Renten«, die marktwirtschaftswidrig, aber kapitalismustypisch sind. Richters & Siemoneit unterstreichen (S.181) immerhin, dass marktwirtschaftskonforme Vorschläge eher anschlussfähig an heutige

politische und ökonomische Debatten sind. Leider bezeichnen sie in ihrem Beitrag die Entscheidung, Einkommen zu akkumulieren, als rein persönliche. Sie meinen weiter, es sei nicht zu erkennen, »auf welche Weise die Akkumulation der einen die anderen so unter Druck setzt, dass Nettoinvestitionen *notwendig* erscheinen.« (S.175) Aber die Quantität und Verteilung der Renten erzwingt, dass sie dem Vermögen zugeschlagen, also akkumuliert werden *müssen* – solange Schenken noch nicht selbstverständlich ist! Außerdem zeigen die Gesetze der Saldenmechanik, dass gesamtwirtschaftliche Nettoersparnis zu Nettoinvestition und somit Wirtschaftswachstum führt, unabhängig vom Willen der Akteure.²

Auch »technologische Arbeitslosigkeit« wird genannt ohne darin das Problem der Einkommensverteilung zu sehen: Bei bestehendem ungesättigtem Bedarf kann technischer Wandel nicht Arbeitslosigkeit hervorrufen. Die Einkommensarmut des Bedarfs und die Rentabilitätsersparungen von Geldvermögen erzeugen Arbeitslosigkeit! Mehrfach wird die in der Postwachstumsdebatte »unterbelichtete« Verteilungsfrage der Einkommen kritisiert. Als einzige Lösung werden Erbschafts- und Vermögenssteuern genannt. Helge Peukert thematisiert ausdrücklich Finanzmarktreformen sowie Vollgeld. Dadurch werde für Kreditvergabe zunächst ein Sparvorgang, der einem Konsumverzicht korrespondiere (S.214), nötig. Maik Hosang hebt die »Verbundenheit« der Menschen miteinander und mit der nicht-menschlichen Mitwelt hervor, ebenfalls ein zentraler Aspekt im »Konvivialismus« (F. Adloff).

Erfüllt die Textsammlung ihren Anspruch? Vielleicht. Aus Sicht der Rezensentin kommen aber ökonomische Grundgegebenheiten zur kurz: Die Geldsystematik wird unzureichend beleuchtet, aktuelle Lösungsansätze für die Boden(renten)frage (Initiative zur Bodenwertsteuer) fehlen, sogar im Beitrag von Daniel Fuhrhop: »Bauverbot« und Suffizienz im Stadtwandel. Insgesamt gibt es also noch viel zu tun, um das Grundlegende der Geld- und Bodenordnung für Postwachstum deutlich zu machen!

Alwine Schreiber-Martens



¹ www.archiv-grundeinkommen.de/schreiber-martens/Ressourcen-GE-old.htm

² Vgl. Wolfgang Stützel: Volkswirtschaftliche Saldenmechanik, 2.Auflage, 2011 Tübingen, S.77 f

Der Weltacker

Der Verein Nuglar Gärten und das Urban Agriculture Netz Basel eröffneten am 6. Mai 2017 den 2000 m² grossen Weltacker. Der Weltacker macht die globale Agrarsituation begehbar wie ein Museum. 2000 m² misst die Fläche, die jeder Person rechnerisch zustehen würde, teilte man die globale Ackerfläche durch die Anzahl Menschen auf dem Planeten. Auf dem Weltacker in Nuglar wachsen die Pflanzen im selben Verhältnis, wie sie auch weltweit auf den Äckern vertreten sind. Auf der Hälfte dieser Fläche wachsen die grossen Monokulturen Weizen, Mais, Reis und Soja, unter anderem als Futterpflanzen für Nutztiere. Viel Fläche dient dem Fleischkonsum, Gemüse macht einen vergleichsweise kleinen Teil aus.

Für Besucherinnen und Besucher ist es faszinierend zu sehen, dass diese Fläche reichen könnte, um sie ein ganzes Jahr lang zu ernähren. Um das zu ermöglichen, müssten wir aber unsere Ernährung und unseren Lebensstil anpassen. Die solidarische Landwirtschaft Nuglar Gärten bietet mit einem Jahresabo, das jede Woche bio-dynamisches Gemüse, Kräuter, Obst und Getreide beinhaltet, auch gleich eine konkrete Möglichkeit, selbst im Alltag zum Wandel der Landwirtschaft beizutragen.

Weitere Informationen: www.2000m2.ch

